

SAZ

Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

- Der Dresdener Fememord
- Was wird aus dem Reichstag?
- Betriebrätewahlen 1933
- Braucht Deutschland Kolonien?
- Kulturspiegel 1932
- Silvester-Nachlese
- Erdrosselung des Musiker-Berufes
- Der Hunger wütet
- Der Fall des KPD-Spitzels Messerklinger

Japan eröffnet den Krieg gegen China

Shanhaikwan gestürmt — Vorstoß auf Peking

WTB Shanghai, 2. Januar.

Zu einem Feuergefecht zwischen Japanern und Chinesen kam es, wie Berichte aus Tientsin und Peking melden, in der um Goll von Liautung gelegenen Stadt Shanhaikwan in der gestrigen Nacht. Nach chinesischen Darstellungen eröffneten die Japaner aus unbekanntem Gründen das Feuer, das die Chinesen erwiderten, um ihre Stellung halten zu können. In japanischen Kreisen Tientsins läuft das Gerücht um, man habe in der Nähe des Bahnhofs, der von japanischer Gendarmerie besetzt ist, gestern Abend zwei Bomben gefunden. Eine Ableitung japanischer Truppen wurde nach Shanhaikwan geschickt, um die dort ansässigen Japaner zu schützen. Es besteht noch keine Klarheit darüber, ob es sich nur um ein Mißverständnis (?) oder um eine japanische Aktion handelt, die im Zusammenhang mit dem Jehol-Konflikt steht.

Shanghai, 2. Januar.

WTB. Die Kämpfe zwischen Japanern und Chinesen in Shanhaikwan sind heute nachmittags von neuem entbrannt, nachdem die Japaner Verstärkungen erhalten hatten. Berichten aus Tientsin zufolge haben japanische Flugzeuge über Shanhaikwan

zwölf Bomben abgeworfen.

Die Mauern der Stadt sind von vier Feldgeschützen unter Feuer genommen worden. Japanische und mandchurische Truppen haben den Bahnhof von Shanhaikwan besetzt. Es hat den Anschein, als ob 3000 japanische und mandchurische Soldaten sich zur Abreise nach Tsinhwanglau rüsten, das bereits innerhalb der großen chinesischen Mauer liegt.

Shanhaikwan eingenommen

Paris, 2. Januar.

WTB. Havas berichtet aus Peking: Die Japaner haben die Stadt Shanhaikwan besessen und heute eingenommen.

China

zum Widerstand bereit

London, 2. Januar.

WTB. Wie die chinesische Gesandtschaft in London mitteilt, hat die Zentralregierung die chinesischen Behörden Nordchinas aufgefordert, über den Zwischenfall von Shanhaikwan eingehend Bericht zu erstatten und allen Einfällen japanischer Truppen Widerstand entgegenzusetzen.

Kein Nichtangriffspakt

Das „Berliner Tageblatt“ meldet:

„Japan beabsichtigt auch in Zukunft nicht, einen Nichtangriffspakt mit Rußland abzuschließen. Diese Mitteilung hat, wie unser Moskauer Korrespondent erfährt, die japanische Botschaft im Auftrage ihrer Regierung der Sowjetregierung gemacht. Ein Nichtangriffspakt war von den Russen seit längerer Zeit angeboten worden. Mit der japanischen Weigerung, ihn abzuschließen, sind die Hoffnungen auf eine weitere Verbesserung der russisch-japanischen Beziehungen enttäuscht worden.“

Der neue kriegerische Vorstoß Japans in China signalisiert die unmittelbare Gefahr eines neuen Weltkrieges. Der jetzt in Shanhaikwan einsetzende Vorstoß hat deshalb so außergewöhnliche Bedeutung, weil er zeigt, daß Japan mit der Annektierung der Mandchurei sich nicht zufriedengeben will, sondern entschlossen ist, seine längst gehegten Pläne einer vollständigen Aufteilung Chinas zu verwirklichen. Japan will China in der Mitte zerreißen und ein nordchinesisches Reich mit Einschluß von Peking unter japanischer Vorherrschaft errichten.

Schon vor Monaten hat Japan mit der Besetzung der an die Mandchurei grenzenden nordchinesischen Provinz Joel gedroht. Die Erstürmung Shanhaikwans mit der Zielrichtung einer Besetzung Tsinkwangtou ist die Einleitung des Raubzuges auf die Provinz Joel von der Seeseite her.

Es ist selbstverständlich, daß die Regierung Chinas diesen Angriff unumgänglich widerstandslos hinnehmen kann. Es muß, obwohl China militärisch weit unterlegen ist, zum offenen Krieg zwischen Japan und China kommen. China rechnet hier, sicher nicht ganz mit Unrecht, auf eine gewisse Unterstützung der anderen imperialistischen Großmächte, vor allem der USA. Die USA und auch England können sich auf die Dauer nicht mit einer vollkommen japanischen Vorherrschaft in China abfinden, dazu haben sie in China selbst viel zu große Kapitalien investiert, wie sie daran interessiert sind, ihre dortigen „Interessensphären“ und Absatzmöglich-

lichkeiten nicht von Japan einengen zu lassen, sondern weiter auszudehnen.

Japans Angriff richtet sich aber auch gleichzeitig gegen die Sowjetunion. Mit der Verbreiterung des Mandchustates auf ganz Nordchina will sich Japan die Basis schaffen, um einerseits die mit der Sowjetunion im Bündnis stehende nördliche Mongolei zu besetzen und andererseits Ostsibirien von der Sowjetunion loszureißen. Japan spekuliert dabei auf die stillschweigende Duldung oder gar Unterstützung der übrigen imperialistischen Weltmächtigten.

Man sieht, der ostasiatische Konflikt, der jetzt von Japan nach dem Innern Chinas getragen wird, signalisiert ungeheure Gefahren für die ganze Welt und für den ersten Arbeiterstaat, die Sowjetunion, im besondern für das Weltproletariat bedeutet das:

- Höchste Alarmbereitschaft
- Revolutionärer Kampf dem Weltimperialismus!
- Verteidigung der Sowjetunion!

Was wird aus dem Reichstag?

Die Regierung droht wieder mit Auflösung Neuwahlen in Preußen?

Am Mittwoch tritt der Aeltestenrat des Reichstages zusammen, um über den Zeitpunkt der nächsten Reichstagsitzung zu beschließen. KPD und SPD werden eine möglichst rasche Einberufung des Reichstages fordern, während die Parteien, die auf die Wünsche der Regierung Schleicher hören, also alle bürgerlichen Gruppen, von den Deutschen Nationalen bis zum Zentrum, den 17. Januar als Termin ins Auge fassen.

Die Entscheidung liegt bei den Nationalsozialisten.

Man rechnet ziemlich sicher damit, daß die Nazis auch diesmal in die Schleicherfront einschwenken werden. Für diese Auffassung sprechen einmal die Differenzen in der NSDAP, die noch keineswegs beigelegt sind, dann aber auch die Meldung, daß Reichspräsident Goering an den Beratungen des Aeltestenrates nicht teilnehmen, sondern die ganze Sache dem Zentrumsvizepräsidenten Esser überlassen wird.

Auf jeden Fall ist aber mit einer Reichstagsagung Mitte Januar zu rechnen. Dann wird die politische Aussprache nicht mehr zu umgehen sein, und welches Ende sie nimmt, ist vorläufig noch nicht abzusehen. Es sind Bestrebungen im Gange, den Reichstag bzw. eine Reichstagsmehrheit dahin zu bringen, daß das Parlament lediglich die Regierungserklärung entgegennimmt und sich dann wieder verlagert, ohne über die vorliegenden Mißtrauensanträge abgestimmt zu haben.

Ob der Regierung dieser Schiedszug gelingt, hängt wiederum von der NSDAP ab.

In Regierungskreisen wird mit aller Schärfe betont, daß die Annahme eines Mißtrauensvotums „selbstverständlich“ mit der sofortigen Reichstagsauflösung beantwortet werden würde. Aber nicht nur das! Die Regierung ist weiterhin entschlossen, auch bei Annahme der Anträge, die von SPD und KPD zur Winterhilfe, zur Verordnung über die Butterbeimischung zur

Margarine usw. eingebracht worden sind, zur sofortigen Parlamentsauflösung zu schreiten.

Der Reichstag wird also schwer unter Druck gesetzt;

die Regierung will unter allen Umständen ihre Pläne durchsetzen.

Die Situation in Preußen hat neuerdings eine gewisse Veränderung erfahren. Das Zentrum, das längere Zeit hindurch zur Wahl eines nationalsozialistischen Ministerpräsidenten bereit war, soll nach neuesten Meldungen angesichts der ständigen Wahlverluste der Nazis nicht mehr zu solchem Entgegenkommen an die NSDAP bereit sein. Weiterhin behaupten bürgerliche Blätter, die SPD glaube, in der Margarine-Verordnung eine günstige Wahlparole gefunden zu haben, und neige daher dem Gedanken einer

Neuwahl des Preußischen Landtages

zu. Da die Auflösung des Preußen-Parlamentes bekanntlich von einem Dreimännerkollegium abhängig ist, das aus dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, dem Staatsratspräsidenten Adelaar (Zentrum) und dem Landtagspräsidenten Kerll besteht, wäre also die Möglichkeit gegeben, daß dort ein Beschluß auf Landtagsauflösung zustande kommt. Indes sind alle diese Fragen noch nicht endgültig entschieden. Wir glauben, daß die SPD es sich sehr überlegen wird, ob sie jetzt Neuwahlen riskieren soll. Die Margarine-Parole wird bestimmt nicht ausreichen, die ganze Politik der SPD vergessen zu machen!

Für die Arbeiterklasse hat der ganze parlamentarische Kuhhandel direkt keine allzu große Bedeutung. Aber diese Vorgänge deuten auf die kommenden größeren politischen Auseinandersetzungen hin. Daher muß die Arbeiterschaft die Augen offen halten und alle ihre Organisationen auf den Standhöchster Kampfbereitschaft bringen, damit das Proletariat diesen Kämpfen, die sehr rasch über ihre parlamentarische Form hinauswachsen würden, gerüstet gegenübersteht.

Illusion und Wirklichkeit

Der Jahreswechsel hat die politischen Führer aller Parteien veranlaßt, in einem Rückblick auf das Jahr 1932 und in einem Ausblick auf das neue Jahr ihre Auffassung der Situation kundzutun. Mit einiger Mühe findet man unter dem Wust von allgemeinen Redensarten und Phrasen ein paar Gesichtspunkte, die immerhin eine Betrachtung lohnen.

Bezeichnend ist zunächst, daß all diese Betrachtungen eine betont optimistische Note enthalten. Das zeigt sich schon bei den zahlreichen Aeußerungen der deutschen und ausländischen „Wirtschaftsführer“, die die üblichen Rundfragen der großen bürgerlichen Zeitungen durchweg mit der Beantwortung beantwortet haben, es sei „eine Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage festzustellen“. Wir brauchen noch allem, was wir in der Vergangenheit an dieser Stelle wieder und wieder ausgeführt haben, nicht besonders hervorzuheben, daß für diesen Optimismus der „Wirtschaft“ heute ebensowenig berechtigter Anlaß vorliegt wie für die früheren Ankündigungen des Silberstreffens am Horizont, der berühmten Ankurbelung der Wirtschaft und was dergleichen Schlagworte mehr sind.

Politisch noch bezeichnender ist der Optimismus, den die demokratischen und die sozialdemokratischen Zeitungen in der Beurteilung der innerpolitischen Situation Deutschlands an den Tag legen. All diese Blätter lassen in ihren Neujahrsartikeln erkennen, wie groß ihre Angst vor der nationalsozialistischen Gefahr im vergangenen Jahre gewesen ist, wie sehr sie im Grunde schon alles verloren gegeben hatten. Unfreiwillig werden diese Betrachtungen zu neuen Beweisen der politischen Feigheit derer, die man nicht nur am 20. Juli in ihrer ganzen Erbärmlichkeit kennen lernen konnte, sondern die auch vorher und nachher auf allen Gebieten des politischen Lebens durch ihr ständiges kampfloses Zurückweichen so viel zur Steigerung der von ihnen so gefürchteten Gefahr beigetragen haben.

Jetzt haben diese Kreise wieder etwas Hoffnung, ihre alten geliebten Positionen in absehbarer Zeit zurückzugewinnen zu können. Diese Hoffnung schöpfen sie allerdings aus einer völlig falschen Beurteilung der politischen Situation. Einmal unterschätzen sie jetzt in verhängnisvoller Weise die noch vorhandene Kraft der nationalsozialistischen Bewegung und ihrer Terrororgane. Der „Vorwärts“ stellt im Bilde die stolz marschierende SA des Frühjahrs 1932 der bettelnden SA des Herbstes 1932 gegenüber; Ernst Heilmann behauptet im „Freien Wort“, die SPD habe „die faschistische Gefahr der Gefährlichkeit beraubt“ — auf diese Tonart ist die ganze demokratische und sozialdemokratische Presse eingestellt. Demgegenüber muß mit allem Nachdruck betont werden, daß die Differenzen, die finanziellen Schwierigkeiten und örtliche Zersetzungserscheinungen in der NSDAP keine Berechtigung geben, die nach wie vor große Bedeutung des nationalsozialistischen Terrorismus zu übersehen. Der falsche Optimismus der sozialdemokratischen Führung droht, neue Selbsttäuschungen hervorzurufen und neue Niederlagen herbeizuführen.

Darüber hinaus ist aber die Beurteilung der politischen Situation durch diese reformistische Führung deshalb so falsch, weil dort nach wie vor und unbelehrbar die faschistische Gefahr gleichgesetzt wird mit der Stärke der NSDAP. Man malt das Hitlergespenst in riesenhafter Vergrößerung an die Wand und übersieht dabei konsequent die anders geartete, aber nicht minder große Gefahr, die von den führenden Kräften der deutschen Reaktion ausgeht. Schleicher, Brauns und Neurath, Hugenberg, Dingeldey und Kautz arbeiten anders als Hitler, Goering und Goebbels, aber die vollendeten Tatsachen, die sie auf allen Gebieten der Innen- und Außenpolitik schaffen, sind so gefährlich daß sie den äußersten außerparlamentarischen Widerstand der gesamten Arbeiterklasse, all ihrer Organisationen hervorzurufen müßten.

Diese Erkenntnis und dieser Wille fehlen aber den reformistischen Führern ganz und gar. Auch dafür bieten die Neujahrsbetrach-

langen neue Bestätigung. Der Führer des ADGB, Theodor Leipnitz, wendet sich an die Nationalratsversammlung, die die deutsche Arbeiterschaft u. a. mit folgenden Ausführungen:

„Unsere Ideen haben sich in der Öffentlichkeit mehr und mehr durchgesetzt. Heute versucht die Regierung v. Schleicher, einen Teil unserer Forderungen zu erfüllen. Den Sozialismus wird diese Regierung nicht verweigern. Das wissen wir wohl. Sie will im Gegenteil, ebenso wie die Regierung v. Papen, die kapitalistische Wirtschaft befestigen. Aber können wir in dieser Situation die Anforderungen der Regierung ablehnen, an der Durchführung der Arbeitsbeschaffung mitzuarbeiten?“

Leipnitz unterstreicht mit diesen eindeutigen Worten erneut das, was er in seinem Interview und in dem kürzlich von uns behandelten Artikel im „Alarm“ bereits ausgeführt hatte, nämlich die ADGB-Führung entschlossen ist, die Regierung Schleicher bei dem Versuch der Rettung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu unterstützen.

Bei dieser Haltung der Gewerkschaftsführung kann man auf die Worte, die die sozialdemokratischen Führer in gekünstelt-entwuscheltem Ton im Kabinett Schleicher entgegennehmen, wahrlich nicht viel Wert legen. Wenn beispielsweise Otto Wels in seiner Neujahrsvorlesung beteuert, die SPD stehe gegen die Regierung „in schärfster Opposition“, so wird man demgegenüber feststellen müssen, daß schon die parlamentarische Opposition der SPD keineswegs besonders schärf ist, daß aber eine außerparlamentarische Opposition der SPD, die in politischer Hinsicht entscheidend wäre, überhaupt nicht existiert. Alles, was die SPD jetzt an „Opposition“ betreibt, dient nur dem einen Ziel, die verlorenen Wählermassen für die SPD zurückzugewinnen und dann — in die alten „Machtpositionen“ zurückzukehren.

Wer etwa noch gemeint hat, auch die SPD-Führer müßten doch aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre und besonders des Jahres 1932 gelernt haben, der wird jetzt eines Besseren belehrt. In der schon zitierten Neujahrsvorlesung des Parteiführers Wels finden sich, wie in allen anderen sozialdemokratischen Artikeln, genügend Stellen, die die Unbeliebbarkeit dieser Führung erweisen. So beschwert sich Wels in weinerlichem Ton darüber, daß auch Schleicher (wie früher Papen) auf dem besten Wege sei, die Sozialdemokratie zu diffamieren. „Er geht diesen Weg“, schreibt Wels, „obwohl gerade er wissen sollte, daß die Sozialdemokratie während des Krieges und nach dem Kriege hundertmal mehr Zeugnis für wahres Nationalbewußtsein abgelegt hat als irgendeine der Gruppen, die sich heute als aufbauwillige Kräfte und Stützen der Nation feiern lassen. Soviel Worte, politische Instinktslosigkeit und Verrat aller Prinzipien des proletarischen Internationalismus und Preisgabe aller Gesetze und proletarischen Klassenkampfes! Und was will Otto Wels für die Zukunft? „Die SPD muß zurück zur Macht! Mit diesem „Zurück“ ist auch für den, der sich schwer überzeugen läßt, eindeutig bewiesen, daß die Macht, die die SPD erstrebt, nicht etwa die revolutionär ererbte Macht der proletarischen Diktatur ist, sondern die erneuerte Teilnahme an Koalitionsregierungen, die Wiederzulassung als Regierungspartei des kapitalistischen Staates.“

Indem dies das Ziel der Politik der sozialdemokratischen Führung ist, leuchtet ein, daß eine prinzipielle Opposition der SPD gar nicht in Frage kommt. Die SPD-Führung will im Gegenteil durch ihre ganze Haltung dem Bürgertum beweisen, daß sie vorbehaltlos zu den staatsbehaltenden Kräften zähle und darum an der Ausübung der Regierungsgewalt in der früheren Weise beteiligt zu werden verdiene. Besonders bezeichnend für diese Einstellung ist der von uns gestern bereits zitierte Artikel von Wilhelm Sollmann, dessen wichtigste Sätze in die Erinnerung zurückgerufen seien. Sollmann betont erneut die Notwendigkeit, die deutsche Wehrmacht und gegebenenfalls einen Krieg Deutschlands zu bejahen und zu unterstützen und begründet dies folgendermaßen:

„Staatsgewalt ohne Heeresmacht ist einstweilen undenkbar. Man kann nicht die eine wollen und die andere verneinen. Unser Machtwillen muß sich auf beides erstrecken. Darin liegt eine wesentliche politische psychologische Vorbereitung für den neuen Aufstieg unserer Partei zur Regierungsmacht!“

Deutlicher kann man es nicht mehr sagen, daß die heiß ersehnten Ministersessel, Polizeipräsidentenposten usw. durch neuen Verrat aller proletarischen Grundsätze erkauft werden sollen!

Diese Haltung der reformistischen Führung ist besonders verhängnisvoll in einer Situation, in der die Gefahr eines neuen Krieges so groß ist und daher revolutionäre Prinzipienfestigkeit in allen diesen Fragen die erste Voraussetzung eines erfolgreichen Widerstandes gegen die imperialistischen Pläne wäre. Wir haben in unserem gestrigen Leitartikel auf den Brandherd Italien-Jugoslawien hingewiesen, wir bringen heute die neuesten Meldungen über die Verschärfung des japanisch-chinesischen Konfliktes — von diesen Gefahren, die in ihrer Auswirkung natürlich auch das deutsche Proletariat unmittelbar bedrohen, ist in all den sozialdemokratischen Neujahrskartellen bezeichnenderweise nicht die Rede! Die reformistische Führung unterläßt es bewußt, der Arbeiterschaft diese Gefahren vor Augen zu führen.

Um so wichtiger ist es, daß wir mit allen Kräften diesen reformistischen Illusionen, diesem reformistischen Verrat entgegenzutreten. Unsere Aufgabe ist es, durch

Dresdner SA-Fememord

Dr. Bennecke schwer verdächtig

Dresden, 2. Januar. WTB. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat der Generalstaatsanwalt im Falle Hentsch beim sächsischen Landtag den Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dr. Bennecke wegen des Verdachtes der Begünstigung der Täter gestellt. Dr. Bennecke ist Führer der SA-Untergruppe Dresden der SA und direkter Vorgesetzter des flüchtigen Schenk.

Eine weitere Verhaftung

Dresden, 2. Januar. Im Falle Hentsch ist eine neue Verhaftung, die dritte, auf Veranlassung der Dresdner Staatsanwaltschaft vorgenommen worden. Am Freitag wurde der Gärtner Ewald Tenzyk in Hainsdorf verhaftet. Die näheren Gründe wurden nicht bekanntgegeben, aber der Wohnort läßt darauf schließen, daß auch Tenzyk dem Mörder Schenk bei der Flucht geholfen hat. Die Braut Schenks, eine Schwester des verhafteten Beyer, ist nach Böhmen geflüchtet; ihr Aufenthaltsort ist unbekannt. Die Dresdner Polizeibehörden haben, unabhängig von dem offiziellen Auslieferungsantrag der sächsischen Regierung, an die Mailänder Polizei das Ersuchen gerichtet, die des Mordes beschuldigten SA-Leute zu verhaften.

Der Auslieferungs-Antrag

Berlin, 2. Januar. CNB. Der Antrag auf Auslieferung der in Italien weilenden drei Dresdner SA-Leute, die des Mordes an ihrem Kameraden Hentsch verdächtig sind, ist, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, heute dem deutschen Botschafter in Rom zur Uebersichtung an die italienische Regierung zugeleitet worden.

Die Beisetzung des Ermordeten

Dresden, 2. Januar. CNB. Im Tolkewitzer Krematorium fand heute die Einäscherung der Leiche des ermordeten SA-Mannes Hentsch statt. Auf dem Friedhof hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt. Nationalsozialisten bemerkte man nicht, dagegen waren zahlreiche Reichsbannerleute und Anhänger der Eisernen Front erschienen. Die Polizei mußte die Zugangsstraße zum Friedhof sperren. Die Trauerfeier verlief ohne Störung und Zwischenfälle.

Sie schreien noch „Rotmord“!

Die beispiellose Heuchelei der Dresdner nationalsozialistischen Führung zeigt sich daraus, daß das Dresdner Parteihaus auf halbemast geflaggt hat, wie auf Anfrage ausdrücklich angegeben wird, wegen des Todes Hentsch, der von drei SA-Leuten ermordet wurde! Die Dresdner Heuchelei übertrifft sogar noch die Verlogenheit der nationalsozialistischen Blätter, die, wie z. B. die „Erfurter Nachrichten“, über die Auffindung des Hentsch unter dem Titel „Rotmord an der Arbeit“ zu be-

richten wagen! Das Kölner Organ der NSDAP schreibt gar, der Fund der Leiche dürfe „zur Auffindung eines der schauerlichsten marxistischen Verbrechen des letzten Jahres führen.“

Weitere Morde der SA?

Gestern wurde in Breitenau (Sachsen) der auf dem Platz der Deutschen Turnerschaft unblütlich eines Streites erschlagene Stahlhelm-Spielwart Unger beige- setzt. Im Anschluß an den Bericht über die Beisetzung schreibt das deutschnationale „Chemnitzer Tageblatt“:

„Der Bezirksführer des Stahlhelms, Bezirksgruppe Freiberg, richtet mit der Bitte um Veröffentlichung ein Schreiben an uns, in dem er die Vermutung ausspricht, daß bei der Tat, die Unger das Leben gekostet hat, politische Gründe eine Rolle spielten. Unger sei von Bertram, der Mitglied der SA sei, schon seit Wochen verfolgt und belästigt worden.“

Aus Reinholdshain bei Glauchau erfahren wir, daß die Leiche des kürzlich verstorbenen Nationalsozialisten Hilse ausgegraben und untersucht werden soll. Hilse war am Tage vor seinem Tode mit SA-Leuten zusammen und hatte dem Alkohol kräftig zugesprochen. In einem anonymen Brief wurde jetzt der Befriedigung darüber Ausdruck gegeben, daß „das Bier“, das ihm vorgesetzt wurde, seinen Zweck erfüllt habe.

Man vermutet, daß Hilse, der zwar nicht gut beleumdet war, aber trotzdem zur Elite der NSDAP gehörte, seinen Kameraden unbehagen wurde.

„In der Talsperre Malter ist noch viel Platz“

In der Dresdner Ortsgruppe der NSDAP nimmt die Austrittsbewegung immer größeren Umfang an.

In Meißen ist eine ganze SS-Gruppe mit 51 Mann aus der Partei ausgetreten.

Zugleich setzt aber auch eine immer stärkere Hetze gegen die ausgetretenen Hitler-Leute ein. Anschließend aus einer bestimmten Zentrale werden an die austretenden Mitglieder

Drohbriefe geschickt, in denen immer der Satz vorkommt, daß „in der Talsperre Malter noch viel Platz ist.“ Bekanntlich ist Hentsch, nachdem er erschossen worden war, in die Talsperre Malter geworfen worden.

Ein von den Nationalsozialisten beabsichtigter Demonstrationsumzug findet nicht statt. Angesichts der in der Bevölkerung gegen sie herrschenden Stimmung haben die Nationalsozialisten diesen Umzug abge sagt.

Frühere Landtagseinberufung?

Dresden, 2. Januar.

CNB. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat ein Schreiben an den Landtagspräsidenten gerichtet, in dem unter Hinweis auf die Aufdeckung des am SA-Mann Hentsch verübten Verbrechens die Einberufung des sächsischen Landtags auf den 10. Januar, anstatt wie vorgesehen auf den 19. Januar beantragt wird.

Auslands-Rundschau

London, 3. Januar.

Laut Times hat der südslawische Gesandte Djuritsch gestern im Foreign Office vorgeprochen und der Besorgnis seiner Regierung Ausdruck gegeben über die Absicht Italiens, als Gegenleistung für finanzielle Hilfe eine Zollunion mit Albanien einzugehen.

Madrid, 3. Januar.

Die sozialen Konflikte, die in ganz Spanien ausgebrochen sind, geben der Regierung Anlaß zur Besorgnis. Die Polizei hat umfangreiche Vorkehrungen getroffen. Trotzdem sind im Laufe des gestrigen Montag allenthalben Störungen der öffentlichen Ordnung vorgekommen, vor allen Dingen in der Provinz Asturien, wo nicht weniger als 50 Bomben und Sprengkörper zur Explosion kamen. Allerdings ist nur Sachschaden angerichtet worden. In Saragossa sind ungefähr 150 Anarchisten verhaftet worden.

Wie aus Oviedo berichtet wird, sind in Felguera am Montag mehrere Bomben explodiert. Die Caféhäuser und Theater sind geschlossen. Auch aus anderen Orten der Provinz Oviedo werden Sprengstoffanschläge gemeldet, so explodierten zwei Bomben in Sama de Langreo und mehrere in den Bergwerken von Soto und Penarrubia.

Paris, 3. Januar.

Nach einer Meldung des Journal aus Madrid läßt das Kriegsministerium besonders die Garnisonen von Saragossa, Valencia und Madrid überwachen, da

unsere Arbeit in den Massen der Arbeiterschaft klare Erkenntnisse der wahren Situation zu wecken und die Kampfbereitschaft aller Proleta hier zu steigern — nicht für die Wiedererlangung von „Machtpositionen“ im kapitalistischen Staat, sondern für die revolutionäre Eroberung der proletarischen Macht, für die Verwirklichung des Sozialismus.

radikale Elemente in diesen Garnisonen Propaganda trieben. Man habe auch neue Bomben- und Waffenlager entdeckt und sei einer Verschwörung auf die Spur gekommen.

Wien, 2. Januar.

Die Protestversammlung der Bauern in Vorau hat stattgefunden. An ihr nahmen etwa 1500 Bauern teil. Gleichzeitig verhandelten Abordnungen mit den Regierungsvertretern und Bürgermeistern, sowie mit dem Untersuchungsrichter über die Freilassung der verhafteten vier Bauern. Nachdem der Untersuchungsrichter dem Staatsanwalt in Graz erklärt hatte, daß die Bauern sich ruhig verhielten, nichts Gesetzwidriges vorgefallen und auch keine Wiederholung der Ansammlung zu befürchten sei, wurde die Freilassung der verhafteten Bauern verfügt. Die in Vorau versammelten Bauern verließen daraufhin gegen Abend den Ort.

Parlaments-Auflösung in Irland

Dublin, 3. Januar.

WTB. Die Regierung des irischen Freistaates hat das Abgeordnetenhaus aufgelöst. Die Neuwahlen sind auf den 24. Januar festgesetzt worden. Der Schritt der Regierung erklärt sich aus den Schwierigkeiten, in die sie in der letzten Zeit geraten ist. Die Arbeiterfraktion, durch deren Stimmen allein eine Mehrheitsbildung möglich ist, will nichts von der geplanten Herabsetzung der Bezüge der unteren Staatsangestellten (Postbeamten usw.) wissen. Hierzu ist noch eine Bewegung gekommen, die auf Bildung einer aus allen Parteien zusammengesetzten Koalitionsregierung abzielt.

Durch eine heute früh veröffentlichte Proklamation ist nicht nur, wie gemeldet, das Abgeordnetenhaus, sondern auch der Senat aufgelöst worden.

Neue Reformmaßnahmen in Preußen

Berlin, 2. Januar. VDZ. In unterrichteten Kreisen hört das Nachrichtenbüro des VDZ, daß in Preußen der Erlaß einer neuen Verordnung über die Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung bevorsteht. Nachdem durch solche Verordnungen bisher die Neuerteilung der Landkreise, die Zusammenlegung von Ober- und Regierungspräsidien, die Auflösung des Provinzialschulkollegien, die Auflösung des Wohlfahrtsministeriums usw. geregelt wurde, solle die neue Verordnung Reformmaßnahmen bei den bestehenden Städten, Kreis- und Gemeindeordnungen bringen. Der Umfang der Regierungsbehörden und der Verwaltungsgerichtsbarkeit solle vereinfacht werden, insbesondere auch durch einfachere Gestaltung des Verwaltungsstreit- und Beschlußverfahrens. Inwieweit damit Interessengebiete der kommunalen Selbstverwaltung berührt werden, war bisher authentisch noch nicht festzustellen. In Kreisen der Regierung Braun ist über die neue Verordnung noch nichts bekannt.

Neuer kommissarischer Landwirtschaftsminister

Berlin, 2. Januar. VDZ. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, ist mit dem 1. Januar der bisherige Landrat des Kreises Beeskow, Dr. jur. Ernst Wiskott, zum Staatssekretär im Preussischen Landwirtschaftsministerium ernannt und mit der Wahrnehmung der Geschäfte des kommissarischen Landwirtschaftsministers von der kommissarischen Regierung betraut worden. Der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, Müssel, der bisher das Preussische Landwirtschaftsministerium kommissarisch mitverwaltet hatte, beschränkt sich ab nun auf seine Tätigkeit im Reichsernährungsministerium.

Reichs-Einnahmen u. -Ausgaben im November 1932

Berlin, 2. Januar. Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betragen im November 1932 (Angaben in Mill. RM.) im Ordentlichen Haushalt die Einnahmen 567,0 (im Oktober 639,1) und die Ausgaben 641,5 (737,2); mithin ergibt sich für November eine Mehrausgabe von 74,5 (98,1). Da die Einnahmen in den Monaten April bis November 1932 4 935,7 (April bis Oktober 4 368,7) und die Ausgaben in dem gleichen Zeitraum 5 009,0 (4 367,5) betragen haben, ergibt sich für Ende November eine Mehrausgabe von 73,3 (Mehreinnahme von 2). Unter Berücksichtigung des Fehlbetrages aus dem Vorjahr stellt sich das Defizit Ende November auf 1 325,6 (1 286,1).

Kleine Nachrichten

Landsberg a. d. Warthe, 2. Januar.

WTB. Auf das Haus eines Maurers in Gennin wurde heute in den ersten Morgenstunden ein Bombenanschlag verübt. In das Mauerwerk des neben dem Wohnhause liegenden Stalles wurde ein großes Loch gerissen und das Dach des Stalles zum Teil abgedeckt. Dies ist bereits der dritte Anschlag, der auf das Gehöft des Maurers verübt worden ist. — Die Nachforschungen nach dem Täter waren bisher ergebnislos.

Der Fall des KPD-Spitzels Messerklinger

„Durch radikales Reden und unter der Angabe, er sei ein politischer Flüchtling, verstand er (Messerklinger) das Vertrauen einiger Proleten (lies: der KPD-Bürokratie) zu gewinnen. Die Gutgläubigkeit dieser Proleten auszunutzen, organisierte er zwei Sprengstoffdiebstähle ... er bot sich an, Waffen in größeren Mengen zu beschaffen“, so zu lesen im Dresdener KPD-Organ „Arbeiterstimme“.

Es handelt sich um einen gewissen Josef Messerklinger, der in der KPD immerhin eine nennenswerte Rolle spielte, von dem aber die KPD-Bürokratie nicht wußte, von wo er kam und ob er unter seinem richtigen Namen auftrat. Nach der „Arbeiterstimme“ verstand es dieser Messerklinger, in Dresden und Königsbrück illegale Sitzungen zu organisieren, mit Sprengstoff und Waffen zu handeln und auf diese Weise an die zwei Dutzend guter revolutionärer Arbeiter an die Polizei auszuliefern.

Eine revolutionäre Bewegung wird sich niemals gänzlich freihalten können von Knechtchen, die im Auftrag des Gegners und besonders im Dienste der Klassenjustiz in die Reihen des organisierten Proletariats einzudringen suchen. In der KPD haben es derartige Elemente unter der heutigen ultralinken Führung besonders leicht, ihr Unwesen zu treiben. In der Regel genügt es, wenn derartige Burschen über eine reichhaltige Schimpfwortsammlung verfügen, die sie laut und wenn auch noch so unpassend gegen die SAP als den linken Flügel des Sozialfaschismus anzubringen verstehen, um mit Assistenz der ultra-linken Partibürokratie die Funktionäre zu erklimmen.

In diesem Dresdener Fall Messerklinger sind die Parteigrößen Martin Schneider, Rudolf Renner und Siegfried Radel von der politischen Verantwortung nicht freizusprechen, daß ein Polizeispitzel von vollauf unpolitischem Format, die dieser „Sepp“ Messerklinger, revolutionäre Arbeiter der Klassenjustiz auszuliefern vermochte. Der Fall des KPD-Spitzels Messerklinger ist daher ein Fall der KPD.

Erdrosselung des Musikerberufes

Gegen notverordnetes Unrecht

Vom Verband Deutscher Musiker, Breslau, wird uns geschrieben:

Verbandsvorstand, Beirat und Bezirksleiter des Deutschen Musiker-Verbandes haben in ihrer gemeinsamen Tagung am 1. und 2. Dezember d. J. nach Entgegennahme der Berichte der aus allen Teilen des Reiches kommenden Verbandsvertreter einmütig festgestellt:

Die Arbeits- und Verdienstlosigkeit im Musikerberuf hat einen erschreckenden Umfang angenommen; sie bewegt sich, wie die angestellten Ermittlungen ergeben, immer noch in aufsteigender Linie.

Viele Tausende beruflich tüchtigster deutscher Berufsmusiker sind nahezu jeder Existenzmöglichkeit beraubt.

Wenn auch die allgemeine Wirtschaftskrise und die dadurch bedingte Einschränkung musikalischer Veranstaltungen sich naturgemäß sehr nachteilig auf die Gestaltung des musikerberuflichen Arbeitsmarktes auswirkt, so kann die besondere Notlage im Musikerberuf darauf allein nicht zurückgeführt werden. Diese dürfte vielmehr im wesentlichen mitverursacht sein durch die

alle Maßen übersteigende Schwarzarbeit,

die von Angehörigen aller möglichen Berufsgruppen im Musikfach geleistet wird, sowie durch die Ausbreitung der mit Urheberrechtlichen Aufführungsgebühren nicht belasteten mechanischen Musik.

Die deutschen Kulturorchester sind in ihrem Bestande auf das schwerste gefährdet, womit die wichtigste Stütze der deutschen Musikkultur ihren Halt zu verlieren droht. Die Notverordnungspolitik der letzten Jahre, besonders die Reichsnotverordnungen vom

Warum

siegten die Bolschewiki?

(Die Lehren der russischen Revolution.) Darüber spricht Genosse

Paul Frölich, Berlin

Im Wochenendkurs am 7. und 8. Januar im Heim Sonnenstraße 39 - Sonnabend 19,30 Uhr, Sonntag 15 Uhr. Kein Genosse und keine Genossin darf fehlen!

5. Juni und 7. Oktober 1931, namentlich aber die sogenannte Dietschmüller Notverordnung vom 24. August 1931 und die auf Grund dieser Reichsnotverordnungen erlassenen Ländersparverordnungen haben sich katastrophal für die deutschen Kulturorchester ausgewirkt und die Mitglieder dieser Orchester geradezu rechtlos gemacht!

Die Folgen dieser üblen Zustände im Musikerberuf machen sich bereits jetzt sehr nachteilig im deutschen Musikleben bemerkbar. Während andere Länder und deren Regierungen gegenwärtig mehr als jemals bemüht sind, die heimische Musikkultur in jeder Weise zu fördern, erlebt die einst Weltgeltung besitzende deutsche Musikkultur einen Niedergang, der zwangsläufig auch schwerste wirtschaftliche Schäden nach sich ziehen muß.

Die unaufhaltsame und in schnellstem Tempo fortschreitende Entwicklung der mechanischen Musik und Musikwiedergabe muß zu einer immer weitergehenden Einschränkung des musikerberuflichen Arbeitsmarktes führen.

Nur eine verhältnismäßig kleine Zahl beruflich tüchtigster Kräfte wird sich in Zukunft als Musiker behaupten können.

Im Hinblick hierauf muß es als unverantwortlich bezeichnet werden, junge Menschen die ihre ganze Lebenshoffnung auf die Ergründung des Musikerberufes setzen, solchen Ausbildungsstätten zu überlassen, die ihrer ganzen Art nach nicht geeignet sind, noch sein können, einen höchsten Anforderungen gewachsenen Musikernachwuchs heranzubilden.

Verbandsvorstand, Beirat und Bezirksleiter des Deutschen Musikerverbandes sind nach diesen Feststellungen der Auffassung, daß es Pflicht der öffentlichen Gewalt ist, sich in gerechter Weise der Not der deutschen Berufsmusiker anzunehmen und sofort Maßnahmen zu treffen, durch welche die Existenz der deutschen Kulturorchester unter Wahrung der wohlverworbenen Rechte der Orchestermitglieder gesichert und der lebenden Musik wirksamer Schutz vor der Verdrängung durch die mechanische Musik gewährleistet wird.

Als vorzüglich nötige Maßnahmen werden gefordert:

1. Die Aufhebung bzw. Abänderung derjenigen Reichs- und Ländernotverordnungen, die Ausnahmebestimmungen gegenüber den Mitgliedern der Kulturorchester enthalten bzw. zulassen. Insbesondere muß die Wiederherstellung der Vertragssicherung, der Unabdingbarkeit der Tarifverträge, sowie die Beseitigung der notverordneten Sondergehaltskürzungen der Orchestermusiker gefordert werden, zumal letztere eine nicht zu rechtfertigende Schlechterstellung der im Kulturdienst stehenden Personen gegenüber anderen Beamten und Angestellten der öffentlichen Betriebe darstellen.

2. Eine für das ganze Reichsgebiet geltende einheitliche Regelung des Musikernachwieswesens, die es ermöglicht, die musikalische Schwarzarbeit sowie unerwünschte Ausländerkonkurrenz ganz oder doch wenigstens an-

nähernd auszuschalten und die eine gerechte Verteilung der vorhandenen musikerberuflichen Arbeitsmöglichkeiten sichert.

3. Aenderung des Urheberrechtes in der Richtung, daß die Handhabung der musikalischen Aufführungsrechte unter staatliche Aufsicht gestellt wird mit dem Ziele, untragbare, die Mehrbeschäftigung lebender Musiker hindernde Belastungen öffentlicher Musikaufführungen zu beseitigen bzw. unmöglich zu machen. Mechanische Musikdarbietungen dürfen nicht günstiger gestellt sein als die der lebenden Musiker.

4. Einwirkung auf die Reichsrundfunkgesellschaft und die dieser angeschlossenen Sendegesellschaften, Orchester arbeitsloser Musiker sowie geeignete engagementslose

Musiksolisten in weit stärkerem Maße als dies jetzt geschieht zu beschäftigen. Die Gesellschaften sind zu verpflichten, für diesen Zweck täglich mindestens drei Stunden zur Verfügung zu stellen. Diese Zeit kann durch eine Einschränkung der Sendungen dilettantischer und Schallplatten-Darbietungen gewonnen werden. Ueber die Regelung dieser Fragen im einzelnen haben die Sendegesellschaften sich mit den maßgebenden Berufsorganisationen der Musiker zu verständigen.

5. Reichsgesetzliche Regelung des Musiker-ausbildungswesens; Aenderung des § 41 der Gewerbeordnung dahingehend, daß die Berufsausbildung der Musiker in schulgemäßer Weise zu erfolgen hat und der Aufsicht der Schulbehörden zu unterstellen ist.

„O die bösen, bösen Kommunisten“

Noch ein kleiner Rückblick auf den Silvester-„Rummel“ in Schlesien

Die bürgerlichen Nachrichtenbüros melden:

Jauer, 2. Januar.

„Das übliche harmlose (Ach ne!) Silvestertreiben auf dem Ringe wurde durch einen „kommunistischen“ Sprechchor, bestehend aus jungen Burschen, gestört. Sie sangen Moskauer Lieder und brachten kommunistische „Hetzrufe“ aus. Vom Ringe kommend zogen sie die Königstraße und Striegauer Straße hinauf, holten sich Verstärkung und suchten das Verkehrslokal der NSDAP, den „Striegauer Hof“, auf. Dort waren viele Nationalsozialisten zu einer Feier versammelt. Die Nationalsozialisten setzten sich gegen die in großer Zahl Anrückenden zur Wehr. Es kam zu einer Prügelei, wie sie Jauer selten erlebt hat. Die Polizei schritt mit dem Gummiknüppel ein und vertrieb die Angreifer.“

Glogau, 2. Januar.

In Glogau ist die Silvesternacht wohl die unruhigste und blutigste gewesen, die bisher zu verzeichnen war. Es kam wiederholt zu Zusammenstößen und schweren Schlägereien. Schon gegen 18 Uhr wurden in dem nationalsozialistischen Verkehrslokal Personen überfallen und so mißhandelt, daß sie ins Krankenhaus übergeführt werden mußten. In großer Zahl zogen die Kommunisten um Mitternacht auf dem Markt umher, sangen „Hetzlieder“ und riefen nach Arbeit und Lohn. An der Ecke der Kupferschmiedestraße bedrohten sie einen Polizeikommissar. Durch „schnelles Eingreifen“ der Polizei wurde Blut-

vergießen verhindert. Zu einer größeren Schlägerei kam es noch in dem außerhalb liegenden Vergnügungsort Burgauschwitz. Dort wurde der Inhaber des Lokals mit einer Bierflasche über den Kopf geschlagen und schwer verletzt.

„Hetzlieder“? Nun, unsere proletarischen Kampflieder sind es gewesen, die den Bürgern den Schreck in die Knochen gejagt haben. Ach, wenn die die Polizei nicht hätten!

Man lese diese Meldungen aber darüber hinaus mit Verstand: „Wie unschuldig sind doch die Nazis... wie schlimm sind die Kommunisten...“

Cosel, 2. Januar.

In der Silvesternacht kam es in mehreren Gaststätten zu Zwischenfällen, so daß ein Lokal geschlossen werden mußte. Im Ortsteil Klodnitz befanden sich in einem Restaurant eine Anzahl Kommunisten und auch Nationalsozialisten. Die Kommunisten stimmten Parteilieder an, worauf die Nationalsozialisten sich Verstärkung aus Kandrzin zu Hilfe holten. Darauf kam es zwischen den beiden politischen Gegnern zu Auseinandersetzungen, die schließlich in Tätlichkeiten ausarteten. Stühle und Biergläser wurden als Wurfgeschosse benutzt. Die Schlägerei setzte sich dann vor dem Lokal fort. In der Dunkelheit konnte die Landjäger aus Klodnitz, Coselhafen und Kandrzin nichts ausrichten und keinen der Täter ergreifen. Zwei Mann erlitten schwere und mehrere andere leichtere Verletzungen.

Silvester-Nachlese

Ein Todesopfer der Silvesternacht

Breslau, 2. Januar.

In der Silvesternacht wurde der 53jährige Arbeiter Gustav S. aus der Antonienstraße in angetrunkenem Zustande mit einer schweren Kopfverletzung in das Allerheiligenshospital eingeliefert. Dort wurde ein Schädelbruch festgestellt. Der Verletzte verstarb in den Morgenstunden des Neujahrstages. Die Ermittlungen darüber ob ein fremdes Verschulden vorliegt, sind noch im Gange.“

An Alkoholvergiftung gestorben

Rosenberg, 2. Januar.

In Rosenberg wurde auf der Straße ein siebzehnjähriger Mann aus Sternalitz schwer betrunken von Polizeibeamten aufgefunden. Er wurde auf die Wache gebracht, wo er seinen Rausch ausschlafen sollte. Am folgenden Morgen wurde er tot auf seinem Lager aufgefunden. Der Tod war durch Herzschlag infolge übermäßigen Alkoholgenußes eingetreten.

Raubüberfälle, Schlägereien

Beuthen, 2. Januar.

Am Sonnabend abend wurde eine Kassiererin, als sie mit der Tageseinnahme sich in ihre Wohnung begeben wollte, im Hausflur von zwei jungen Burschen überfallen. Einer entriß ihr die Handtasche, während der andere einen Schuß abgab. Darauf flüchteten sie und entkamen unerkannt.

Sonntag Nacht wurde ein Grubenhauer aus Stollorzowitz auf der Chaussee von Beuthen nach Karf von zwei Männern um Feuer angehalten. Dann forderten sie ihn auf, sich zu entleiden. Sie raubten ihm die Jacke, das Jackett, die Schuhe und das Fahrrad.

In der Nacht zum Sonntag meldete bei der Kriminalpolizei ein Mann, daß er auf der Dyngosstraße einen wuchtigen Schlag erhalten habe und dann besinnungslos geworden sei. Nach zwei Stunden sei er in einem Hausflur erwacht. Hut und Taschenuhr fehlten ihm nach seinen Angaben.

Hindenburg, 2. Januar.

„Sonnabend abend wurde der Kranführer Heinrich Zajons von Einbrechern angeschos-

sen, die er in dem Augenblick überraschte, als sie seinen Keller aufgebrochen hatten. Sie flohen unter Mitnahme von zwei Hühnern und einem Kaninchen. Zajons fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus.“

Sonntag früh wurde ein Gleiwitzer Polizeibeamter, der in Zivilkleidung war, beim Verlassen eines Lokals von mehreren Leuten überfallen und mit Schlägen und Zaunlaten geschlagen. Er erlitt erhebliche Verletzungen am Gesicht und an den Armen. Den Tätern gelang es, zu entkommen. Der Verletzte wurde in das Polizeikrankenhaus in Gleiwitz gebracht.“

Wegen

2 Mark nieder geschlagen

Breslau, 2. Januar.

In der Nacht zum 2. Januar wurde die 32-jährige Arbeiterin Frieda L. aus der Anderssenstraße in der Schmolzer Straße von zwei unbekanntem Männern niedergeschlagen. Die Täter schlugen auf das Mädchen mit einem harten, stumpfen Gegenstand ein und verletzten sie leicht am Kopfe. Der Überfallenen wurde ein Regenschirm und eine Handtasche mit 2 RM geraubt.

An den Folgen eines Sturzes gestorben

Waldenburg, 2. Januar.

Die neunjährige Tochter des Gärtners Spitzer in Nieder-Hermsdorf, die vor einigen Tagen eine Treppe im Hausgarten herabstürzte und sich dabei einen doppelten Schädelbruch zuzog, ist an den Folgen der schweren Verletzung verstorben.

Von herabgleitenden Sandmassen verschüttet

Glogau, 2. Januar.

Zwei siebenjährige Kinder, die in der Gemeinde-Sandgrube von Kloppsdien spielten, wurden von plötzlich herabgleitenden Sandmassen verschüttet. Auf das Geschrei der Kinder eilte ein in der Nähe beschäftigter Besitzer herbei, dem es erst mit Hilfe einer Schaufel gelang, die beiden Kinder auszugraben.

Was geht auf dem Strehleiner Arbeitsamt vor?

Genossen aus Strehlen schreiben uns, daß in letzter Zeit beim Arbeitsamt sogenannten „Hochbetrieb“ herrsche. Bis spät in den Abend würden Überstunden gemacht. Wenn man bedenkt, daß die Angestellten des Arbeitsamtes bei dem ungeheuren Andrang während der Schalterstunden reichlich in Anspruch genommen sind, so ist dieses Schinden von Überstunden geradezu unerhört. Es gibt genügend arbeitslose Angestellte in Strehlen. Warum stellt man die nicht ein?

Bedauerlich, daß die Angestellten selbst es immer noch nicht merken, wie ausgebeutet sie werden. Daß ihnen immer noch nicht bewußt geworden ist, daß das Proletariat auch für ihre Sache kämpft und daß ihr Platz Schulter an Schulter mit dem revolutionären Proletariat in der Front, die eine neue Gesellschaftsordnung erringen, sich erkämpfen will.

„Rote Hunde“

Saarau, 3. Januar.

Vor einiger Zeit hielt sich auf dem Bahnhof in Saarau im Warteraum ein Jungarbeiter mit einigen Kollegen auf, um auf die Ankunft eines Zuges zu warten. Die Jungarbeiter unterhielten sich.

Da kam plötzlich ein Beamter in Dienstkleidung in den Warterraum gestürzt und ohne daß auch nur der geringste Anlaß dazu gegeben war, schlug er auf den Jungarbeiter unter den Rufen „rote Hunde, Kommunistenlerger!“ usw. sinnlos ein.

Dieser Beamte, der in so großer Weise seine Pflicht verletzt hat, ist, wie man hört, Nazianhänger.

Im allgemeinen legt ja die Reichsbahnverwaltung darauf Wert, daß ihre Beamten (allerdings nur, wenn es sich um Republikaner oder revolutionäre Gesinnung handelt), sich der „strengsten Neutralität“ befleißigen. Bei den Nazis scheint sie eine Ausnahme zu machen.

Nazi-Schießübungen

In der Gegend von Leubusch befindet sich mitten im Walde ein Schießstand. Die Arbeiterschaft konnte nun in den letzten Wochen wahrnehmen, daß von geschlossenen Naziabteilungen auf diesem Schießstand regelmäßig Übungen mit Schußwaffen veranstaltet wurden.

Die braunen Söldlinge des Monopolkapitals rüsten also nach wie vor zum Bürgerkrieg gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Sie rüsten darüber hinaus für die Konflikte, die durch die Politik der miteinander konkurrierenden kapitalistischen Mächte in der Epoche des Imperialismus heraufbeschworen werden.

Bedauerlich, daß eine so große Anzahl von Proleten sich offensichtlich für die Interessen der Ausbeuterklasse mißbrauchen lassen und offensichtlich des Kanonenfutters für den nächsten kommenden Krieg abgeben sollen.

SAP-Genossen, wo ihr mit Naziarbeitern zusammenkommt, macht sie darauf aufmerksam.

So ergeht es „Streikbrechern“

Wir geben kommentarlos eine Meldung der Pressestelle des hiesigen Polizeipräsidiums wieder: „Am 2. Januar, gegen 6.30 Uhr, wurde der Maurerpolier H., der in Steindorf, Kreis Brieg wohnhaft ist, auf dem Wege von Bahnhof Herrnsprotsch nach der Spinnerei Stabelwitz überfallen. H. war mit dem kurz nach 6 Uhr eintreffenden Zuge in Herrnsprotsch angekommen und befand sich auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte, der Spinnerei. In dieser wird seit etwa 14 Tagen gestreikt. Einige Personen, darunter auch der Verletzte, hatten jedoch ihre Arbeit nicht niedergelegt. Der Überfall wurde von etwa 15-20 mit dem Fahrrad offenbar aus Breslau angekommenen Personen, darunter auch ein Motorradfahrer, ausgeführt. Man schlug H. nieder und brachte ihm schwere Kopfverletzungen bei. In besinnungslosem Zustande erfolgte seine Einlieferung in die Heilstätte Herrnsprotsch. Die Ein-

Schallplatten

sind wieder bei der PKG und im Buchvertrieb der „SAZ“ zu haben.

lieferung wurde von seinem Sohn und seinem Schwager, die sich gleichfalls auf dem Wege nach der Spinnerei befanden, veranlaßt. Offenbar handelt es sich um eine schwere Gehirnerschütterung. Es besteht Lebensgefahr. Die politische Polizei hat die Ermittlungen nach den Tätern bereits aufgenommen.“

Die Rechen- u. Zahlstelle VI des Städtischen Fürsorgeamtes

ist am 29. d. M. vom Grundstück Karuthstraße 3 nach dem Erdgeschoß des Halpaus-Fabrikgebäudes am Wachtplatz verlegt worden.

Scheunenbrand

Grünberg, 2. Januar.

In Grünwald brannten aus bisher unbekannter Ursache Stall und Scheune des Landwirts Josef Groß nieder. 15 Hühner und 3 Schweine kamen in den Flammen um; sämtliche landwirtschaftlichen Maschinen wurden vernichtet.

Der Hunger wütet

2000 Familien vom Tode bedroht

Santiago de Chile, 2. Januar.
Im chilenischen Korallengebiet, in der Nähe der argentinischen Grenze, herrscht zur Zeit eine große Hungersnot. Etwa 2000 Familien sind dem Hungerdasein nahe. Die Ursache der Katastrophe sind die durch die neuerlichen Vulkanausbrüche in den Anden verursachten Aschenregen, die das Weideland kollektiv zerstört haben und dadurch das Vieh zum Verhungern brachten, das zu vielen Tausenden zugrunde gegangen ist.

„Ihr wißt ja garnicht was Hunger ist“

Berlin, 3. Januar.

CNB. In der Nacht zum Dienstag stürzte sich auf dem U-Bahnhof Friedrichstadt ein etwa 50jähriger ärmlich gekleideter Mann vor einen ein fahrenden U-Bahnzug. Er wurde überfahren und getötet, obwohl der Zugsführer noch im letzten Augenblick zu bremsen versuchte und den Zug auf kürzester Bremsstrecke zum Halten gebracht hatte. Der Zugverkehr zwischen Gleisdreieck und Alexanderplatz mußte auf längere Zeit stillgelegt werden, und die Feuerwehr begann um 1/2 Uhr nachts den Wagen zu heben, um die Leiche zu bergen. Der Selbstmörder war schon vorher dem Bahnsteigpersonal aufgefallen. Er hatte auf dem Bahnsteig eine Redensarten geführt und u. a. geäußert: „Ihr wißt ja garnicht was Hunger ist! Mein Testament habe ich in der Tasche!“ In seiner Tasche fand man einen fast unleserlichen Abschiedsbrief mit der Überschrift: „Liebe gute Mutter!“ Aus diesem Abschiedsbrief ist zu entnehmen, daß es sich um einen am 30. 9. 1878 in Leipzig geborenen Mann handelt, dessen Namen etwa Arthur Uebel lauten dürfte. Der U-Bahnverkehr konnte nicht mehr aufgenommen werden.

Eisenbahnunfall!

Ein Toter, mehrere Verletzte

Letmathe i. Westf., 2. Januar.

WTB. Im Bahnhof Letmathe fuhr heute abend gegen 19 Uhr auf einen zur Ausfahrt bereitstehenden Personenzug infolge unerlaubter Freigabe des Gleises ein Güterzug auf. Durch den gewaltigen Anprall wurde der Zugsführer des Personenzuges Gustav Schneider, der sich auf der Plattform des letzten Wagens befand, unter den Güterzug geschleudert und auf der Stelle getötet. Die beiden Lokomotivführer und zwei Reisende wurden verletzt. Ein Reisender erlitt schwere Kopfverletzungen.

Schwerer Hafen-Unfall

Ein Schlepper gesunken

Hamburg, 2. Januar.

WTB. Vor der Einfahrt zum Hamburger Segelschiffhafen ereignete sich am Montag nachmittag um 14.30 Uhr ein schwerer Unfall. Das Flensburger Motorschiff H. C. Horn sollte in den Segelschiffhafen gelegt werden und kollidierte bei diesem Manöver mit einem seiner beiden Schlepper. Der Schlepper „Edith“ der Firma Louis

Meyer kenterte und sank sofort. Einige Leute der Mannschaft konnten sich gleich von den in der Nähe befindlichen Fahrzeugen aufgenommen werden, doch fürchtet man, daß das Maschinenpersonal ein oder zwei Mann nicht gerettet ist. Taucher und Feuerwehrlöschboot werten zur Hilfeleistung an der Unfallstelle.

Hamburg, 2. Januar.

WTB. Bei dem Untergang des Schleppers „Edith“ im Hamburger Hafen ist die aus drei Mann bestehende Besatzung gerettet worden.

Schweres Schiffsunglück

London, 3. Januar.

WTB. Ein Dampfer aus Aberdeen wurde gestern ungefähr 20 Kilometer südlich der Stadt von Sturm gegen die felsige Küste geworfen und scheiterte. Die Besatzung von neun Mann ertrank.

New Yorker Unterwelt macht von sich reden

Der Gangster Larr Fay, der in der New Yorker Unterwelt unter dem Namen „Milchkönig“ bekannt war, wurde in der vergangenen Nacht beim Betreten eines Nachtclubs, den er unterhielt durch einen Revolverschuß getötet. Der Mörder ist der Pförtner des Clubs, der sich für eine Herabsetzung seiner Bezüge an dem Getöteten rächen wollte. Larr Fay wandte bei seinen Reisen seit langem außerordentliche Vorsichtsmaßnahmen an. Er fuhr z. B. immer in einem gepanzerten Automobil. Trotzdem hat ihn nun das Schicksal ereilt, dem er gern entgehen wollte.

Eine Windhose in Spalato

Budapest, 2. Januar.

Wie der „Pester Lloyd“ aus Belgrad meldet, beobachtete man am Sonnabend in Spalato eine Wasserhose, die sich unmittelbar vor dem Kai etwa 80 m in die Luft erhob. Später kühlte sich die Temperatur sehr stark ab und es fiel Hagel. Schiffsunfälle sind nicht verursacht worden.

Wolfsplage in Portugal

Die Küste hat allenthalben in Portugal Rudel von Wölfen aus ihren Schlupfwinkeln getrieben. Die Raubtiere zeigen sich stellenweise ganz in der Nähe menschlicher Wohnungen. Unter den Viehherden richten die hungrigen Bestien ungeheuren Schaden an.

„Gott, Kaiser und Bauer“ von der Jungen Volksbühne übernommen

Die Leitung der Jungen Volksbühne teilt mit: „Nachdem das Schauspiel des Dramatikers Julius Hay „Gott, Kaiser und Bauer“ durch die Direktion des Deutschen Theaters abgesetzt worden ist, hat sich die Junge Volksbühne bereit erklärt, das Werk sofort in ihren Spielplan aufzunehmen.“

Kleine Sportnachrichten

Arbeiter-Sportkartell Breslau e. V. Achtung! Jugendleiter! Die Jahresversammlung der Sportlerjugend findet am 21. Januar 1933 im Gewerkschaftshaus statt. Vorher wird noch ein Rundschreiben an die Vereine gesandt. Zur Versammlung selbst muß alles anwesend sein.

Freie Schwimmer Breslau. Mittwoch, den 4. Januar 1933, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus Handballer- und Leichtathletenversammlung. — Donnerstag, den 5. Januar, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus Frauenversammlung.

Frauen-Abtl. Donnerstag, den 5. Januar, 20 Uhr. Versammlung im Gewerkschaftshaus. Die wichtige Tagesordnung ist das Erscheinen jeder Genossin notwendig.

Prele Turnerschaft Breslau e. V.

An die technischen Leiter aller Abteilungen. Die Jahresberichte sind sofort an die einzelnen Vereinsturnwarten zu schicken. Wir bitten dringend um sorgfältige Erledigung, weil eine zweckmäßige Berichterstattung nicht möglich ist.

Alle Kinderturnwarten kommen am Mittwoch, den 4. Januar, pünktlich 19 Uhr zu einer wichtigen Besprechung in der Liegnitzer Halle zusammen.

Die Vereinskassenleiter setzen ihren Betrieb am 4. Januar wieder fort. Es beginnen die Männer. Die Turnertreffen folgen am 11. Januar von 19.30 bis 21.30 Uhr. Die Kinder treten gemeinsam jeden Mittwoch von 18—19.30 Uhr.

Die Jahresfunktionärerversammlung findet am Mittwoch, den 18. Januar, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6, statt. Die Vereinsgeneralversammlung am Mittwoch, den 25. Januar, 20 Uhr, Gewerkschaftshaus, Kleiner Saal.

2. Männer-Abtl. Montag, 9. Januar, Jahresfunktionärerversammlung, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Sonnabend, 14. Januar, Generalversammlung, 20 Uhr, Gewerkschaftshaus.

5. Männer-Abtl. 3. Januar: Erste Turnstunde. 6. Januar: Bezirkskassenerabrechnung in der Turnhalle. 13. Januar: Funktionärerversammlung, 21 Uhr im Eisenhammer. 20. Januar: Generalversammlung, 20 Uhr, im Eisenhammer. Anträge bis 13. Januar an Genossen Gühr, Michaelstr. 36, einbringen.

7. Frauen-Abtl. Donnerstag, 5. Januar, Vorstandssitzung nach dem Turnen. Donnerstag, 12. Januar, Abteilungsversammlung. Anträge bis zum 5. Januar an die Vorsitzende.

Wohin?

Stadtheater (Opernhaus). Heute Dienstag, Anfang 19.30 Uhr. „Tango um Mitternacht“. Operette von Komjati.

Morgen Mittwoch Anfang 19.30 Uhr. „Die Fiedermäuse“. Operette von Strauß (in der Neugestaltung Max Reinhardt's unter Verwendung der Drehbühne).

Im Schloß-Museum, Anf. 20 Uhr. „Der Schauspieler“. Komische Oper von Mozart. Anschließend: „Eine kleine Nachtmusik“, Tanzspiel von Valeria Kratina zur Musik Mozarts, ausgeführt von Anna Kappama, Kurt Kern und der Tanzgruppe. Donnerstag, Anf. 19.30 Uhr. „Tango um Mitternacht“. — Freitag, Anf. 19.30 Uhr. „Tango um Mitternacht“.

Lobetheater. Täglich, 20.15 Uhr, finden Wiederholungen des großen Lustspielers „Die Töchter der Exzellenz“ (Die kleine Traktin) von Ladislav Bus-Felcete in der Inszenierung von Paul Barnay statt.

Gerhart-Hauptmann-Theater. Täglich 20.15 Uhr, der stürmische Heterkeltererfolg „Auslandsreise“ von Oesterreicher und Hirschfeld, in der Inszenierung von Martin Magner. Mittwoch, 15.30 Uhr, zu kleinen Märchenpreisen. „Wir fahren mit Dieter ins Märchenland“ von Curt Elwenspöck.

Lieblich. Das Neujahrprogramm hatte großen Erfolg bei der Premiere und bringt 8.15 Uhr etzt täglich populäre — Pariser Clowns. die Frères Gerard — die neukomischste Pantomime der Gegenwart. Alles lacht, kein Auge bleibt trocken — wenn in Lou's Comedy die Esel bocken — 4 Corally Fours, Springmeister der Welt, zeigen höchstes Können, das jedem gefällt — dazu kommen noch viele der heitersten Sachen — und Heinz Puff konferiert den „Abend des Lachens“.

ORGANISATIONSNACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien. Sekretariat Breslau, Gartenstraße 21, III. Telefon 567 66

Erweiterter Vorstand. Freitag, den 6. Januar, 19.30 Uhr, im Heim Sonnenstraße 39.

Hundsfeld. Mittwoch, den 4. Januar, Jahres-Hauptversammlung im „Goldenen Löwen“.

SIV

Sekretariat: Gartenstraße 21, III Sprechstunden Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10—12 Uhr und Donnerstag von 18—20 Uhr

Die Heimabende des SIV sind von allen Genossen regelmäßig zu besuchen. In dieser Woche sind folgende Abende vorgesehen:

Mittwoch, den 4. Januar:

Heim 3: Kunst als Waffe im Klassenkampf.

Heim 4: Warum Jungere Arbeit?

Heim 5: Mitgliederversammlung.

Heim 8: Männer machen die Geschichte?

Donnerstag, den 5. Januar:

Heim 3: Dem neuen Jahr entgegen.

Heim 4: Die Funktionen des bürgerlichen Staates.

Ab heute finden wieder die Beratungen statt.

Heim 5: Pionier-Versammlung; Heiteres.

Heim 6: Warum SIV?

Heim 8: Arbeitsgemeinschaft mit Gen. Krumm schmidt

Freitag, 6. Januar:

Heim 2: Mitgliederversammlung.

Heim 7: Arbeiter vor Gericht.

Genossen, versucht in unsere Heim-Abende auch bekannte Jungarbeiter mit einzuführen.

Organisatorisches:

Für den Wochenend-Kursus sind unbedingt an alle Mitglieder Karten zu verkaufen.

Am 5. Januar, um 18 Uhr, sind alle Aktions-Gemeinschafts-Delegierten in der Siebenhufener Str. 11.

Achtung! Alle SIV-Genossen, welche im Bekleidungs-

arbeiter-Verband organisiert sind, kommen Freitag, 8. Januar, zur Mitgliederversammlung ins Gewerkschaftshaus, Galeriezimmer. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.

um die Vertellung der Berufs-Schulzeitung vorzubereiten. Es wäre gut, wenn ihr noch zwei Genossen dazu nehmen würdet.

Am 3. und 5. Januar sind von den Organisations-

Leitern die Teilnehmer an der Referentenschule nach der Friedrich-Wilhelm-Str. 80 zu bestellen.

Am 5. Januar, abends um 22 Uhr, Friedrich-Wilhelm-Str. 80 sind bestimmt alle Org.- und Pol.-Leiter zur wichtigen Besprechung anwesend.

Genossen merkt euch alle Termine. Org.-Ltg.

Gewerkschaftsnachrichten

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ab heute gelangen allwöchentlich 200 Kinokarten des Gewerkschaftshaus-Kinos an unsere erwerbslosen Kollegen zur Ausgabe. Kollegen, die noch keine Karte erhalten haben, wollen sich unter Vorlegung des Mitgliedsbuches und der Stempelkarte im Verbandsbüro melden. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; inserierte Herbert Scholz, Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H., Breslau, Lohndruck Th. Schatzky A.G., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Expedition: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt Breslau 5, Gartenstr. 21. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Kontonr. 102 92.

STADTTHEATER
Dienstag, 19.30—gegen 23
Tango um Mitternacht
Mittwoch, 19.30—gegen 23
Die Fiedermäuse
Donnerstag, 19.30—gegen 23
Tango um Mitternacht

LOBETHEATER
Täglich 20.15—22.30
Die Töchter der Exzellenz
GERHART-HAUPTMANN-THEATER
Täglich 20.15—22.10
Auslandsreise
Mittwoch 15.30—17.30
Wir fahren mit Dieter ins Märchenland

8-10 jähriges Mädel
wird unentgeltlich in Pflege genommen zur Hilfe für die Hausfrau. Zuschriften an die Geschäftsstelle der SAZ unter A. 109.

LIEBICH
Täglich 8.15 — Sonntags 4.15 und 8.15
Heinz Fuß konf. das Neujahrprogramm!
4 Frères Gerard | **4 Corally Fours**
d. populär. Pariser Clowns | die best. Springer d. Welt
Lou's Comedy Tier-Revue
Ein Lachen von Anfang bis Ende
10 Minuten Lohengrin!
Fleischmann-Zschoppe — Fuß — Præker — Mindt
Eintrittspreis: Abends ab 50 Pfg.
Sonntag Nachm. für das Vollprogramm ab 50 Pfg.

Kauft den Arbeiter-Kalender „Roter Pionier“ Preis 50 Pfg.

Niederhasslau
GASTHAUS „ZUR BLUME“, NIEDERHASSLAU b. Zw.
Die besten Wünsche zum Jahreswechsel
entbietet Emil Dietze und Frau.
Lade gleichzeitig zu meinem am 7., 8. und 9. Januar 1933 stattfindenden **Bockbier-Ausschank** ein.

Die besten Glückwünsche zum Jahreswechsel
Walter Gypser
Autofuhrgeschäft
Niederhasslau, Hauptstraße 27

Lest den „Roten Pionier“

Wo decke ich meinen Bedarf?

Sei klug! Kauf bei
Wäsche - Manneberg
Reuschestraße 43
Richard Pusch
Ritter-Drogerie
Messergasse Nr. 37
DROGEN - FOTO

ZENTRUM
Wo kauft man seine Ledersohlen?
Bei **Gutsche** — **Überall** empfohlen!
Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33
Bekannt leistungsfähig in Led.- und Schuhbedarfsartikeln!
Grübchenstr. 19/21 · Bohrauer Straße 43 · Poststraße 7 · Mollkestraße 14

Der Neueste
Alleinverkauf:
Alfred Schiesinger
Schmiedebrücke 13
Ganz besonders günstige Veranschauligung
Ständige Stillschule
1 Jahr Reparatur-Werkstatt

Möbel Max Meink
Ohlauerstr. 53/54
Für 2.50 Mk. schon einen herrlichen **Präsent-Korb**
bei **C. G. Müller**
Delikatessen-Haus
Jetzt Neue Taschenstr. 1b gegenüb. d. Altkaser

Kauft bei Blasse!
Blasse ist billig!
Kaufhaus Blasse nur Graupenstr. 6/10

Genossen Beachtet unsere Inserate

S. Zöllner, Herrenausstatter
Schmiedebrücke 64/65 · Ohlauer Straße 55, Ecke Poststr.

Wurst- u. Fleischwaren kauft alle Hausfrauen nur bei
Rudolf Dietrich, Breslau 1
Ohlauer Straße 30 | Tel. Sammel. 536 54
und in den Filialen:
Gartenstr. 81 · Kais.-Wilh.-Str. 147 · Schmiedebrücke 5 · Steinstr. 11
ic sende Ihnen alles frei Haus

Butter, Käse, Eier, Schmalz, Margarine nur bei
Carl Jos. Kessler, Inh. O. Klein
Friedrich-Wilhelmstr. 29, Klosterstr. 47
Markthalle Gartenstr. Stand 125-126,
Bismarckstr. 27.

Kulturspiegel 1932

Ein Jahr Zerstörung und Verfall

Der als Reichskanzler und Reichswehrminister amtierende Reichswehrgeneral von Schleicher hat in seiner Rundfunkrede vor der Ueberschätzung der intellektuellen Gewalt. Daß der Herr General nicht zu dieser Zukunft gehört, hat uns sein bisheriges Wirken gezeigt und die Rede erneut bewiesen. Deutschland, das ist für Herrn von Schleicher in erster Linie die Reichswehr. Das ganze Land hat sich den Wünschen, man nennt das Staatsnotwendigkeiten, dieser kleinen Gruppe unterzuordnen. Es folgt Ostpreußen, Ost-siedlung, Osthilfe, später die Landwirtschaft und der Reichsverband der deutschen Industrie mit all ihren Langsamverändern. Der preussische Ungeist lebt wieder auf, die Uniform regiert.

Vor den Intellektuellen zu warnen, die hungernd und hinerend zu der Elendsarmee der Wohlfahrtsunterstützten gehören, wäre ein schlechter Scherz des Generalkanzlers, wenn er nicht ausgeführt hätte, wie das zu verstehen ist. Die geistige Erneuerung der Nation, meinte der General, wird mehr von unten als von oben geleistet werden müssen. Arbeitsdienst, Studentenwerkjahr, Wehrsport seien hoffnungsvolle Anfänge für diese Erneuerungen. Es gibt keine Jugend mehr, die bürgerliche Ideale der Freiheit und des Geistes weiter entwickelt hätte, oder noch vertreten würde.

Der Herr General wagt seine selbstsüchtigen und unzulänglichen Maßnahmen, die er im Auftrage der Monopolkapitalisten durchführt, als geistige Erneuerung zu bezeichnen. Exerzieren, Landarbeit ohne Entlohnung, Arbeitsdienst mit Plennigen Stundenlohn, Wehrsportkurse, Erziehung zum Staat und zur Wehrhaftigkeit sind die geistigen Übungen des Kanzlergenerals.

Keine Erneuerung sondern Oberalterung

Das war alles schon mal da. Erhaltung des Bestehenden aus Unfähigkeit des eigenen Handelns. Diese Erneuerung von unten ist Militarisierung der gesamten Jugend zur Unterbindung revolutionärer Propaganda und Vorbereitung des neuen Krieges. Intellektuelle, vor denen der Herr General warnt, sind nicht kurzfristige, weltfremde Gelehrte. Es sind die aufgeklärten, geschulten, revolutionären Arbeiter, gegen die der General drakonische Maßnahmen ankündigt. Sein Geist und seine geistige Erneuerung ist jene lückenlose Verordnung in seiner Schublade zur Unterdrückung des revolutionären Proletariats. Bezahlung von Verrat und Spitzelerei, Zuchthausgesetze gegen Landes- und Hochverrat, Knebelung der Pressefreiheit, das sind die Mittel für Intellektuelle, für „gewerksmäßige Unruhestifter“ und eine „gewisse Presse“, die der General gewarnt hat. Seiner Warnung sind bereits Taten gefolgt, und wir kennen die Tätigkeit von Reichswehrgenerälen, die auf diesem Gebiet unermüdlich wirksam sind. Natürlich gehört zur Aufrüstung auch der Liebe Gott. Jede Armee hat ihren Gott, der ihr zum Siege verhilft. In Deutschland wird dieses Ressort durch das Zentrum und den Reichsinnenminister Bracht verwaltet.

Konkordat und Religionsunterricht

Die fortschrittliche Sozialdemokratie hat ihre ganze Kraft eingesetzt, das Zentrum zu einer Macht gelangen zu lassen, die es nach eigenem Urteil, früher nie besessen hat. Die Ansprüche der Kirche sind restlos erfüllt worden. Gerade in Preußen haben Braun und Severing in einer Zeit der

Massenverleumdung mit der Kirche einen Staatsvertrag (Konkordat) geschlossen, durch den Schlösser, Ländereien, Schulen und ungeheure jährliche Geldzuschüsse der Kirche zugesichert wurden. In den kleineren Ländern sind ähnliche Verträge abgeschlossen worden, zuletzt in Baden. Der Einfluß der Kirche auf die Schule ist im Wachsen. Junglehrer, die Dissidenten sind werden nicht angestellt. Unter Druck übernehmen die Lehrer an vielen Stellen wieder Religionsunterricht. Die Lehrerverbände fassen unter dem Einfluß der SPD folgenlose Resolutionen, Propaganda zur Verweigerung der Eitelung von Religionsunterricht, ein wirksames Mittel gegen diese Maßnahme, wird von der SPD unterbunden. Ebenso schändlich hat die SPD durch ihre Minister Braun und Severing die Freidenkerorganisationen verboten, jede antireligiöse Propaganda unterdrückt und verfolgt.

Die frommen Mucker

In deren Auftrag der katholische Herr Bracht als Preußenkommissar — jetziger Reichsinnenminister — den Zwickelerlab verordnete, wollten damit die ganze Arbeitersportbewegung treffen. Das Verbot der Körperkulturschule Adolf Koch ist ein Signal. Du kamen Arbeiter hin, wurden ärztlich beraten, erhielten für geringste Preise Päder, Duschen, Massagen und trainierten durch Gymnastik ihren Körper. Arbeiter, die einen gesunden Körper besitzen, die hygienisch leben, die nicht ihr sündiges Fleisch verhüllen, sondern ihren Körper nackt in Sonne und Luft stählen, sind „Kultur bolschewisten“. Sie erregten Argwohn bei den Hütern christlicher Kultur. Also wird hier, durch Polizeiverordnungen aus dem Jahre 1839 mit Polizeischikane im Jahre 1932, eingeschritten. Zur Zeit des Massenlagers wirkt dieser Erlaß über die Länge der Badhosnbeine wie eine Verhöhnung.

Ein nackter Körper ist für diese frommen, verlogenen Kulturheuchler ebenso unerträglich als der Schrei vor Hunger für die Wirtschaftsführer.

Rundfunk

Das Jahr 1932 hat alle Gebiete öffentlicher Meinungsäußerungen durch die Zensur unterjocht. Diese Zensur wird ausgeübt von der winzigen Schicht von Generälen, Pastoren und bürokratischen Beamten. Diese Leute maßen sich an zu beurteilen, was der Film spielen, der Rundfunk senden und die Zeitungen schreiben dürfen. Dabei ist die Reichswehr letzter Malstab und jede Kritik an ihr Landesverrat. Jede nähere Beschäftigung mit Wehrfragen ist untersagt. Besonders heilig wird der Rundfunk geschützt. Der Rundfunk wird unter Ausschaltung der Arbeiterhörer betrieben. Bewußt wird er zur Rußlandhetze und gegen die Kommunisten eingesetzt. In einer Vortragsreihe über den Eigentumsbegriff auf der Deutschen Welle wurde ein Gespräch „Kommunismus und Eigentumsbegriff“ zwischen Alfons Goldschmidt, Dr. Dunker und Prof. Resch auf Eingreifen des damaligen Reichswehrministers Groener verboten. Die drei Zensoren unter ihnen, der Sozialdemokrat Banke, Leiter des reformistischen Arbeiter-Radiobundes, schwenkte auf Herrn Groeners Wink sofort um. Daß die Nationalsozialisten über den Eigentumsbegriff sprechen dürfen, versteht sich ebenso folgerichtig, als die Führer aller Parteien zur Reichstagswahl im Rundfunk sprachen, ausgenommen die Kommunisten. Die Neutralität und Ueberparteilichkeit des Rundfunks zeigt sich auch in den ab-

sichtlichen Störungen der deutschsprachigen Sendungen des Moskauer Gewerkschaftsenders. Bedeutendsvoll ist die Tätigkeit von Sozialdemokraten in den Ueberwachungsausschüssen, in denen sie fast ausnahmslos Verbote nach links unterstützt haben. Der 20. Juli brachte ihnen auch dafür Undank. Der nationale Pöbel wurde gesäubert und alle republikanisch Verdächtigen hinausgeworfen. Dabei wurden die letzten saligen Leute entfernt, wobei Abfindungssummen für zum Teil langfristige Verträge gar keine Rolle spielten. Neue Männer aus der NSDAP, Scholz, Kruckenberg, Beumelburg, Brönner treiben seitdem im Rundfunk ihr Unwesen.

Film

Auch für den Film ist das Reichswehrministerium oberste Instanz. Eine vielfache Erhöhung des Filmzolls und die Kontingenzwirtschaft hat uns fast vollständig filmautark gemacht. Die guten Filme des Auslandes kommen nicht herein, weil bei der kleinen Quote fremder Filme die Verleiher nur Sensationserfolge geschäftlich tragen können. Diese Filme zeigen aber nichts anderes als die deutsche Spitzenproduktion auch bringt. Es bleibt also vorläufig dabei, daß der Film zwischen Liebeli und Militärschwankt. Die Ufa wird in kürzester Zeit ein Monopol der Herstellung, des Verleihs und der Filmtheater besitzen. Die kleinen Gesellschaften können sich wirtschaftlich nicht halten. Herr Hugenberg benutzt dieses Mittel zur Vergiftung der Massen durch Nationalismus. Der Produktionsplan für diese Saison ist grauenvoll. Sogenannte historische Filme, die Geschichtsfälschungen darstellen, wie Yorck, Theodor Körner, Tannenberg und andere Kriegsfilme. Um einige zu nennen: „Der schwarze Halm“, „Morgenrot“, „Drei von der Kavallerie“, sieben Militärlustspiele, 23 heitere Stoffe, 30 Abenteuer-, Kriminal- und Sportfilme und so fort. Von links wird nichts gedreht, es hätte auch keinen Sinn, da die Zensur einen Film wie „Kuhle Wampe“, der dabei auf Angriffe verzichtet, durch Schnitte fast ganz zerstört hat.

Zeitungsverbote

Was die Zeitungen an Verboten, Auflage-Nachrichten, Haussuchungen, Beschlagnahmen und Prozessen ertragen mußten, ist ein Stück mittelalterlicher Inquisition. Der einstmalige demokratische Verlag Ullstein ist vollständig auf die andere — unter Aufsicht der Reichswehr stehende — Seite übergelaufen. Am härtesten ist natürlich die Arbeiterpresse betroffen worden. Ein Verbot ist dem anderen gefolgt und hat zeitweise jede Meinungsäußerung unmöglich gemacht. Redakteure und Herausgeber sind vielfach mit hohen Geld- und Gefängnisstrafen belegt worden, willkürlich sind Bücher und Druckschriften verboten worden, zuletzt sogar das seit Jahrzehnten in Millionen Exemplaren verteilte kommunistische Manifest. Die Presse der SPD ist nach dem 20. Juli mit denselben Mitteln unterdrückt worden, die Braun und Severing seit Jahren gegen die Presse der KPD angewandt hatten. Die „SAZ“, das „Kampfsignal“ und der „Rote Pionier“ haben in diesem Terrorjahr manches Verbot als schwere Probe überstehen müssen.

Dieses Jahr des Uebergangs, von der Scheidemokratie zur offenen Gewalt hat auch in der Kunst, der Blüte bürgerlicher Kultur, den Verfall gezeigt. Das Goethe-Jahr ist mit großem äußeren Aufwand ge-

feiert worden. Die Regierung hat den Dichter geehrt. Ihre Tat ist aber, daß die des Ueberschusses, der Gewalt, Gehalt Hauptmann feierte im selben Jahr seinen 70. Geburtstag. Könnte der Widerspruch der bürgerlichen Demokratie in der Verkörperung durch die Dichter dieser Zeit, deutlich sichtbar werden, als durch den heftigen Zwischenfall mit dem böhmisches „Goldener Halm“? Die Klassen-geschichte kann die Suche des Geistes zu benutzen, ohne sie ganz erfüllen zu können. In diesem Jahr feierte Maxim Gorki sein 40-jähriges Dichtergeburtstag. Dort war es nicht nur die Regierung, sondern mit ihr die Arbeiter und Bauern, die Gorki im Lande des sozialistischen Aufbaues als den Ihren feierten.

Das Theater

Erschreckend ist die Lage des deutschen Theaters. Geschäftsaufnehmungen mit großem Aufwand zur Unterhaltung und Zerstreuung. In den Staatstheatern helfen Goethe und Hauptmann über die Verlegenheit im Spielplan. Neuaufführungen kommen nur von nationalen Schriftstellern in Frage. Man hat Angst, Sozialisten und Juden werden entlassen. Die Volkstheater sind kleinbürgerliche Theatervereine. Einige Prominente haben ungeheure Einkommen, dafür sind Tausende arbeitslos. Die Theater mit öffentlichen Zuschüssen sind abhängig von der politischen Lage, die privaten Theater von den Geschäftsinteressen der Unternehmer. Das Ergebnis ein hoher Betrieb ohne geistiges oder künstlerisches Schaffen. Wichtige Neuaufführungen werden aus Kasernenrückichten und Angst vor Skandalen nicht aufgeführt. Kollektiv-Versuche, wie die beispielhafte Leistung der Truppe 1931, werden zumeist nach kurzer Zeit wirtschaftlich zerfallen. Die proletarischen Spieltruppen, ein verheißungsvoller Anfang einer neuen Theaterkultur, werden unterdrückt und verboten.

Die Nationalsozialisten haben sich überall als getreue, zuverlässige Stützen der vereinten Reaktion erwiesen. Ihrer besonderen Hetze ist es gelungen, die Schließung des Bauhauses in Dessau, einer neuzeitlichen Kunstschule, durchzusetzen. Sie haben erreicht, daß Prof. Einstein freiwillig Deutschland verlassen hat, daß Prof. Gumpel die Lehrerlaubnis entzogen wurde und zuletzt auch gegen Prof. Cohn mit diesem Mittel vorgegangen worden ist. Schule und Hochschule sind für die Nazis ein uneingeschränktes Feld der Agitation, wobei Lehrer und Schüler in einigen Ländern mit den Ministern zusammenarbeiten.

Diese wenigen Beispiele des kulturellen Niedergangs sind Symptome der tiefgehenden gesellschaftlichen Veränderungen, die dieses Jahr kennzeichnen. Die unumschränkte Herrschaft der Reaktion auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet ist nur möglich durch die Schwäche der Arbeiterklasse. In der Öffentlichkeit ist kaum ein Widerstand zu spüren. Die Schuld der SPD an diesem Zustand ist riesengroß. Ihr Kulturprogramm und ihre Kulturpolitik haben mit Marxismus nichts zu tun, sie sind noch nicht mal im alten kämpferischen Sinne liberal. Bewußt hat sich die Reaktion die Massenbeeinflussungsmittel, Presse, Radio und Film, gesichert. Ihr Kampf an der Kulturfront ist ein Teil des Angriffs auf die Existenzbasis der Arbeiterschaft, auf ihre Widerstandskraft und ihre Organisationen. Darum geht es auch an der Kulturfront um die Existenz der gesamten Arbeiterbewegung. Unsere Aufgabe muß es sein, in den Kulturorganisationen der Arbeiterschaft die Situation klar aufzuzeigen, die verhängnisvolle Politik der SPD klarzulegen und die verstärkte Abwehr gegen die Schläge von außen zu organisieren. Das Bürgertum hat die Sache des Geistes preisgegeben und sich der Gewalt — dem Faschismus, dem Rückschritt —, der Kirche unterworfen. Der Geist ist mit den unterdrückten Massen, für die Befreiung der weißen und farbigen Ausgebeuteten von Faschismus und Barbarei. Peter Blachstein.



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik Wien VIII.

„Babylon, Pädagogin! ... Nicht Ruhe und Frieden schafft das neue Leben, sondern Rebellion! ... Fein! Was? Der hundertste Psalm der Verzagten und die Verwegenheit des kommunistischen Umsturzes ... Was? Das Hirn juckt einem im Schädel ...“
Als sich alles beruhigte und über den Köpfen sich nur der Atem in Wellen bewegte, wandte sich Tschuschkina zu der Wjetrowa (sie war die ganze Zeit in ein und derselben Pose sitzen geblieben) und fragte:
„Bürgerin Wjetrowa, man fragt dich hier: warum bist du ohne Grund und zu verbotener Zeit in den Pferdestall gegangen?“
Anissja Matwejewna hörte sie nicht. Taub, halbtot, sah sie stumm und starr da.
„Bürgerin Wjetrowa?“
Wjetrowa schien zu erwachen, zuckte zusammen und sah sich im Saal um. Sie verstand die Frage der Tschuschkins nicht und erschrak.
„Nun, zerreiße mich! ... Nun! ... Ihr habt doch die Macht, foltert mich ...“
Eine Frauenhand erhob sich über die Köpfe, und diese Hand zog aus der Menschenmenge Dunja Schubina, die Kuhmagd herauf. Ihre Stimme zuckte singend und klang entlarvend und streng.
„Ich möchte den Genossen Wjetrow frag
„Ich möchte den Genossen Wjetrow fragen: wenn es keine Liebe im Herzen gibt, dann läßt sie sich auch nicht aus dem Herzen herauspressen, statt Liebe kommt da Eiter, wie aus einem Geschwür. Was wollte Wjetrow von seiner Frau? Liebe?“
Wjetrow lächelte und machte eine abweisende Handbewegung.

„Jawohl, in deiner Wohnung war aber Geschrei und Wirrwarr. Er wollte sie umkneten, sagt er! Hast du dich selbst umknetet, Andrej Ssemjonowitsch? Du hast nur an dich selbst gedacht, Genosse, auf die anderen spucktest du. Wie lange hat die Kommune unter ihr gelitten? Und wer deckte sie? Du selbst! Dich schonte man, man ist dir nicht nahegetreten. Hast du's gemerkt? Nein, Genosse Wjetrow, du hast's nicht gespürt. Du hast dich nur um deine eigene Haut gekümmert. Und hast dabei noch andere gerichtet! ... Für eine kleine Dummheit hast du Schubina fast aus der Kommune geschmissen. Noch jetzt sind meinem Mann alle Rechte entzogen. Wie soll man das eigentlich nennen?“
Dunja sah mit triumphierendem Blitzen der Augen die Menge an und verschwand rasch in dem dichten Teig der Köpfe ... Diese Köpfe kamen aber plötzlich in Erregung, die Gesichter wendeten sich entrüstet Dunja zu. Schreien, Lärm, Tumult.
Wjetrow sah da, streng, verschlossen: Dunjas Worte schienen ihn nicht beunruhigt zu haben.
Tschuschkina stand auf und klingelte mit dem Glückchen. Ruhe trat ein.
Aus den Reihen kam leise, nachdenklich, verständlich, die Schischkowa ... Mit weichen Schritten kam sie zur Bühne, stellte sich Anissja Matwejewna gegenüber, blickte sie mit aufmerksamem, strengem Bedauern an.
„Nun, Anissja Matwejewna, Jugendfreundin! Du wolltest nicht mit deinem Mann, mit Andrej Ssemjonowitsch, Herz an Herz unseren Weg gehen — und so hast du dein Frauen-schicksal selbst zugrunde gerichtet. Jeder Mensch ist für seinen Charakter verantwortlich, und über seinen Schatten kann man nicht springen. So ist es, liebe Anissja Matwejewna! Du hast deinen Mann verpaßt, und er ist doch ein ganzer Kerl! Ein guter Ehemann! Gebe Gott jedem Frauenzimmer so einen Mann!“
Der Saal lüchelte, atmete, raschelte. An einigen Stellen klatschte man beifällig.
Jemand rief aus den Reihen der Jugend:
„Das ist nicht so! ... Wjetrow taugt als Ehemann nicht viel. Seine Arbeit als Ehemann ist als ungenügend zu betrachten.“
Lachen spritzte aus der Masse und verstummte sogleich.

Die Schischkowa stand noch immer ruhig und vernünftig da, das Gesicht der Wjetrowa zugewandt und predigte mit entlarvender Strenge weiter:
„Ach du, Anissja! ... Du dumme, dumme Gans. Ja — ja. Ich war auch dumme, ich war ein verseuchtes Schaf, aber du, meine Liebe, bist eine bewußte dumme Gans. Vordem sammelte ich, ich kann es nicht bestreiten, vor dem Bild der heiligen Jungfrau mit dir zusammen Tränen in ein gemeinsames Taschentüchlein. Aber jetzt, wo ich Gottes Licht erblicke — durch mein Kind geschah's — da schämte ich mich so, da kränkte ich mich so, daß mein Herz von blutigen Tränen übergossen wurde. Und so ... (langsam und feierlich wendete sie sich zum Saal, als zelebriere sie ein religiöses Ritual) ... und so verbeuge ich mich tief vor der ganzen Versammlung und plätscherte wie ein Fischlein freudig vor euch, meine lieben Genossen! Verzeiht mir meine vergangene Frechheit, meine Weiberfrechheit, meine Schafsdummheit, meine verfluchte Finsternis ... Ich werde von nun an bis zum Grab eine treue, richtige Kommunistin sein ... und ich will, liebe Genossen, ich will in die Partei eintreten ...“
Mit einer weit ausholenden Bewegung verbeugte sie sich mit dem ganzen Körper tief vor der Versammlung. Es kam mir sogar vor, daß in ihren feierlichen Worten und Bewegungen etwas Theatralisches, Unaufrichtiges war, wie es bei bäuerlichen Zeremonien meistens der Fall ist, aber sie tat alles so geschickt, so fließend leicht, so herzlich, daß jede ihrer Bewegungen förmlich den Atem benahm.
Das war ein Augenblick, der die ganze Tagesordnung der Sitzung umstürzte. Wirbel von Schreien, lautem Klatschen tobten im Saal. Die Menschen sprangen von den Sitzen, stießen einander in den Gängen. Die Mädchen und Frauen stürzten mit begeisterten Gesichtern zur Schischkowa, packten sie, schleppten sie mit sich. Vergessen waren Wjetrow, Anissja Matwejewna, die Tschuschkina, die über den Tisch gebeugt, mit bebenden Lippen brüchig, schrille Tuller aus dem Glücklein herausholte.

Ohne Aufforderung der Tschuschkina kam eine Frau, die in ein dickes Tuch eingewickelt war, zur Bühne. Ich kannte sie schon lange, aber nur dem Gesicht nach, das immer verweint war. Das war eine jener Frauen, die sich in der Menge verlieren: man sieht sie tagtäglich in der Arbeit, im Speiseraum, im Klub, in den Kursen zur Liquidierung des Analphabetismus, vergißt sie aber sogleich. Und weil sie niemals und nirgends bis jetzt aufgetreten war und sich schweigend und ergeben im gemeinschaftlichen Leben erpersonalichte, bemerkte sie auch diesmal kein Mensch. Ich aber war über ihren Mut erstaunt, die Tschuschkina stützte sich sogar mit den Händen auf den Tisch und reckte sich ihr in erstaunter Erwartung über den Tisch entgegen. Sie schob sogar das Kopftuch von der Wange, um ihr Ohr frei zu machen.
Ohne zu warten, daß der Saal sich beruhigte, hob die Frau das Gesicht und schrie mit weinendem Beben in der Stimme laut und gereizt zur Decke hinauf:
„Ich bin nicht einverstanden! Ich bin nicht einverstanden! ... Da habt ihr mein Wort!“
Die Tschuschkina unterbrach sie, indem sie das Glücklein schwang, mit rauher Freundlichkeit in ihrer tiefen Stimme.
„Sag doch, Mütterchen, sag doch, Matwejewna, womit bist du nicht einverstanden?“
„Mit nichts bin ich einverstanden ...“
Die Menschen im Saal bemerkten die Martynowna plötzlich, verstummten und sahen sie neugierig an.
„Ist das denn eine Art und Weise, einen Menschen so zu beleidigen? Die Wjetrowa ist nicht ärger, als die anderen Weiber. Und man hat sie gehetzt und gejagt ... alle haben sie verlassen. Auch der Mann hat sie verlassen und jeder zeigt mit dem Finger auf sie. Wie eine arme Sünderin lebte sie. Wir Frauen sind doch alle benachteiligt. Darf so etwas denn vorkommen? Man hat einen Menschen erbittert und seine Knochen dann zum Aufreissen hingeschmissen ... ich bin nicht einverstanden ... Trösten muß man sie, ein gutes Wort muß man ihr sagen.“
Und sie ging in das finstere Schweigen des Saales, selber finster und gekränkt.
(Fortsetzung folgt.)

Betriebsrätewahlen 1933

Von J. Walcher

I.
Wenn nicht, wie im Vorjahr, durch Notverordnung die Betriebsrätewahlen für ein weiteres Jahr verschoben werden — man muß im Hindenburg-Deutschland mit allen Einflüssen der „höheren Gewalt“ rechnen —, dann finden in den Monaten März und April dieses Jahres die Betriebsrätewahlen in allen Betrieben Deutschlands statt. Nachdem mit einigen Ausnahmen seit zwei Jahren keine Betriebsrätewahlen mehr stattgefunden haben und sich in dieser Zeit sowohl die Zusammensetzung der einzelnen Belegschaften wie auch die politische Auffassung großer Arbeiterschichten sehr verändert hat, wird diesen Wahlen jetzt schon größtes Interesse entgegengebracht. Noch mehr als in früheren Jahren wird daher den kommenden Betriebsrätewahlen erhöhte politische Bedeutung zugemessen. Weil bei den Betriebsrätewahlen nicht nur die allgemeinen politischen, sondern auch die gewerkschaftlichen Differenzen in der Arbeiterschaft eine große Rolle spielen, ist es von größtem Interesse, besonders auch für unsere Genossen, die Stellung der Gewerkschaften, der KPD, wie auch die Stellung der SAP zu den Betriebsrätewahlen hier klarzulegen.

Gegen Sonderlisten

Es ist in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft bekannt, daß die reformistische Gewerkschaftsbürokratie die Novemberrevolution haßte und daß sie ihr Möglichstes tat, um die Revolution zum Scheitern zu bringen. Weniger bekannt ist die Tatsache, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer auch den Betriebsräten anfänglich feindlich gegenüberstanden. Das änderte sich erst, als sich die Möglichkeit eröffnete, die revolutionären Betriebsräte in staatsbehaltende „Beschwichtigungsräte“ zu verwandeln. Aber auch dann herrschte im reformistischen Lager keine reine Freude über die Betriebsrätewahlen. Noch im Jahre 1921 erklärte das „Korrespondenzblatt“ des ADGB:

„Die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände (!) hatten der Betriebsräte wahrlich nicht bedurft, um ihre Interessen zur Geltung zu bringen, zumal sie sich bereits vorher in den Arbeitsgemeinschaften Organe von unmittelbarer Wirkung geschaffen hatten, um diesen Zweck zu erreichen. Ihnen aber ist es zu danken, daß das Räte-system für die politische Entwicklung Deutschlands seinen Schrecken verloren hat.“

Wie man sieht, sind die Reformisten noch stolz darauf, daß es mit ihrer Hilfe gelungen ist, die Räte, die von den Arbeitern als Organe zur Überwindung des Kapitalismus gedacht waren, zu hilflosen Organen der Arbeitsgemeinschaft zu erniedrigen.

Bei den jahrelangen Auseinandersetzungen über das Verhältnis der Betriebsräte zu den Gewerkschaften ging es letzten Endes darum, ob die Betriebsräte einen revolutionären oder einen konterrevolutionären Charakter haben sollen. Die staatsbehaltende Gewerkschaftsbürokratie setzte alles ein, um die Betriebsräte zu einer Stütze des „Volksstaates“ zu machen. Sie erklärte den nach „parteilich-politischen“ Grundsätzen gewählten Betriebsräten den Krieg und beschloß auf dem Leipziger Gewerkschaftskongress im Jahre 1922, daß sich „kein Mitglied einer dem ADGB angehörigen Gewerkschaft als Kandidat auf einer Gegenliste aufstellen lassen darf“.

Es versteht sich, daß dieser Beschluß von der Opposition abgelehnt worden ist, handelt es sich doch hier um die klare Absicht, die Radikalisierung und Revolutionierung der Betriebsräte zu erschweren, wenn nicht gar zu verhindern.

Dennoch hat sich die von der KPD geführte Gewerkschaftsopposition bei aller betonten Gegnerschaft dem Leipziger Beschluß jahrelang gefügt. Die Gründe, die für diese Haltung bestimmend waren, liegen auf der Hand: Das Zuwiderhandeln gegen den Leipziger Beschluß hätte den reformistischen Gewerkschaftsführern einen erwünschten Vorwand für Massenausschlüsse oppositioneller Mitglieder gegeben. Das, was die Opposition allenfalls durch ihr selbständiges Vorgehen an Positionen bei den Betriebsräten gewonnen hätte, das hätte sie auf der anderen Seite in den Gewerkschaften doppelt und dreifach verloren. Ueberreiche Erfahrung hat aber gezeigt, daß letzten Endes die Haltung der Gewerkschaftsmassen ausschlaggebend ist und daß die Betriebsräte, solange die Opposition in den Gewerkschaften keinen maßgebenden Einfluß zu erringen vermag, nicht instande sind, ohne und gegen die Gewerkschaften Aktionen auszuführen und erfolgreich durchzuführen.

Erst im Jahre 1929 ist die KPD von dieser Linie abgewichen. Damals hat das Zentralkomitee die Mitglieder der KPD angewiesen: Gemeinsame Belegschaftsversammlungen der organisierten und unorganisierten Arbeiter durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition einzuberufen und in diesen Versammlungen die Aufstellung einheitlicher Kandidatenlisten zu beschließen. Die derart beschlossene „Einheitsliste“ sollte dann in gewerkschaftlichen Mitglieder- oder Funktionärversammlungen zur Annahme vorgeschlagen und im Fall der Ablehnung als „selbständige Einheitsliste“ eingereicht werden.

Die Folgen dieser ultr-linken Taktik sind bekannt. Die Gewerkschaftsbürokratie benutzte die Gelegenheit, um die oppositionellen Mitglieder zu Tausenden und Zehntausenden auszuschließen. Daß es so kommen würde, war vorauszusehen und ist von den maßgebenden Strategen der Roten Gewerkschaftsinternationale auch vorausgesehen worden.

Wir besitzen dafür ein unanfechtbares Zeugnis. Auf der Sitzung der Gewerkschaftskommission der Kommunistischen Internationale im Jahre 1930 sagte Lasowski:

„Wenn wir eine selbständige Leitung der Wirtschaftskämpfe durchführen und mit eigenen Listen bei den Betriebsrätewahlen hervortreten wollen, muß man auf Massenausschlüsse und auf Spaltungen vorbereitet sein.“

Die dann auch prompt erfolgten Massenausschlüsse wegen Aufstellung von Sonderlisten sind für niemand überraschend gekommen und haben darum auch keinerlei Protestbewegung in der Mitgliedschaft ausgelöst. Die Taktik der KPD-Führung erwies sich für die Reformisten als eine herrliche Gelegenheit, ohne Widerstand und ohne viel Aufhebens unbecommene Malheur los zu werden.

In letzter Zeit ist viel von einer angeblichen Wendung in der Gewerkschaftstaktik der KPD die Rede gewesen. In den Spalten der „SAZ“ ist wiederholt und überzeugend nachgewiesen worden, daß es sich dabei bestenfalls um eine Aenderung der Methoden, nicht aber der Taktik handelt. Nach wie vor hält die KPD-RGO an ihren grundlegenden Fehlern, vor allem an der „selbständigen Kampfführung“ fest. Nach wie vor ist sie bestrebt, die RGO und die ihr angeschlossenen Verbände als Sonderorganisationen zu stärken. Und wenn neuerdings von ihrer Seite aus die revolutionäre Arbeit in den Freien Gewerkschaften als äußerst wichtig betont wird, so geschieht auch das nur zu dem Zweck, um innerhalb der Freien Gewerkschaften Proseliten für die selbständige RGO und die Roten Verbände zu machen.

Wenn die KPD-RGO tatsächlich willens wäre, aus den gemachten Fehlern zu lernen und eine neue Taktik zur Revolutionierung der gewerkschaftlich organisierten Massen einzuschlagen,

so müßte sich das bei den Betriebsrätewahlen in dem Verzicht auf Sonderlisten auswirken.

Dann müßte die KPD-RGO ihre Anhänger auffordern, sich mit ganzer Kraft für eine entsprechende Besetzung der freigewerkschaftlichen Listen einzusetzen. Aber genau wie im Jahre 1929 gibt auch für das Jahr 1933 die KPD-Führung die Lösung aus, „Einheitslisten der gesamten Belegschaft“ aufzustellen. So wenig wie im Jahre 1929 sich jemand durch die Bezeichnung Einheitsliste über die wirkliche Sachlage täuschen ließ, so wenig wird das im Jahr 1933 der Fall sein. Die KPD-RGO dokumentiert mit ihrer Parole aufs neue ihre antigewerkschaftliche Einstellung, sie gibt den Reformisten wiederum Gelegenheit, müßliche Mitglieder sang- und klanglos auszuschließen.

Wenn es ernsthaft um die Revolutionierung der Gewerkschaften zu tun ist, wer den Reformismus in den Gewerkschaften nicht nur in der Phrase, sondern in Tat und Wahrheit bekämpfen will, der muß sich entschieden gegen dieses unverantwortliche Treiben der KPD-RGO-Bürokratie wenden und sich mit aller Kraft dafür einsetzen, daß sich alle oppositionellen Kräfte innerhalb des ADGB zum gemeinsamen Kampf zusammenfinden für die

Besetzung der freigewerkschaftlichen Betriebsrats-Liste mit revolutionären Kollegen!

Braucht Deutschland Kolonien?

Kolonialförderer bringen Stenotypistin um ihr Gehalt — Deutsche Plantagen machen sachte pleite

„Deutschland braucht Kolonien!“ Immer wieder wird das von Nationalisten aller Schattierungen behauptet. Eine „Reichsvereinigung zur Förderung des Kolonialgedankens“, gegründet „mit Zustimmung (!) des auswärtigen Amtes und des Reichsinnenministeriums“ hat in Frankfurt a. M. eine Zweigvereinigung aufgemacht und natürlich sofort eine Stenotypistin engagiert. Sie steht jetzt vor dem Arbeitsgericht und muß ihr fürstliches Gehalt von 100 RM. pro Monat, das man ihr seit Mitte August schuldet, einklagen. Es stellt sich heraus, daß der „Geschäftsführer“, ein Dr. L., bereits den Offensbarungsseid geleistet hat. Jetzt müssen die Mitglieder ran zum Zahlen, die sich natürlich mit Händen und Füßen dagegen wehren. Die Herren tun alle vor Gericht sehr verwundert, einer versucht seine Mitgliedschaft zu bestreiten, ein anderer möchte die Schulden auf den zahlungsunfähigen Geschäftsführer abwälzen. Eine noble Reichsvereinigung! Es zeigt sich wieder mal: wenn ans Zahlen geht, hört der Patriotismus bei diesen nationalen Herrschaften auf.

Wir haben auch wieder richtige Kolonialgesellschaften. Nachdem die kolonialen Besitzungen im Weltkriege enteignet wurden, hat es sich die deutsche Regierung nicht nehmen lassen, diese Gesellschaften zu entschädigen und an die Entschädigung die unsinnige Bedingung zu knüpfen, daß sie zum Wiederaufbau im Ausland verwendet werden muß. Obwohl nach dem Kriege Deutschland selbst einen großen Kapitalbedarf hat und im Gegensatz zu der Zeit vor dem Kriege die deutsche Industrie in großem Ausmaße Kredite aus dem Ausland, besonders aus Amerika, hereinnehmen muß, hat man hier hunderte von Millionen herausgeworfen, die heute zu einem großen Teil verloren sind. Es ist schwer zu erfahren, wo sie im einzelnen geblieben sind. Anlässlich der Fusion (Zusammenschluß) von drei deutschen Kolonialgesellschaften in Ostafrika zu einer Einheitsgesellschaft werden folgende Einzelheiten bekannt:

Von den drei Gesellschaften werden 13 Plantagen betrieben. Von ihrem Anlagevermögen mußten 7,9 Millionen RM. abgeschrieben werden. Das heißt:

7,9 Millionen Mark — die Einheitsgesellschaft hat heute ein Aktienkapital von 10 Millionen — wurden, auf deutsch gesagt, nutzlos verpulvert. Sie stellen Fehlinvestitionen dar, also Anlagen, die nicht den Nutzen hervorbringen, der ihrem Investitionswert entspricht. Das Kapital, das in sie hineingesteckt wurde, ist in Höhe von 7,9 Millionen verloren. Wir wollen hier von anderen Verlusten, die aus der Weltwirtschaftskrise resultieren, z. B. die Verluste, die durch die Inflation des englischen Pfundes und das Sinken der Preise der Kolonialprodukte usw. entstanden, völlig schweigen, sondern nur diese Abschreibungen ins Auge fassen. Sie zeigen rein kaufmännisch betrachtet, welcher Unsinn die Forderung nach Kolonien ist.

Auch die Bilanz der DOAG (Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft), wohl der wichtigsten der drei Gesellschaften, entspricht dem Bilde, das sich aus der Höhe der erwähnten Verluste ergibt. Es werden aufgeführt:

Kursverluste aus der Entwertung des englischen Pfundes	1,31 Mill. RM.
Aus Abschreibungen von Waren und Debitoren	0,801 Mill. RM.
Abschreibungen von Beteiligungen	0,828 Mill. RM.
Gesamtverlust	2,939 Mill. RM.

Die Abschreibungen der Warenlager werden auf die ungünstige Preisentwicklung infolge der allgemeinen Ueberproduktion gerade an Kolonialprodukten zurückzuführen sein. Die Abschreibungen auf die Beteiligungen dürften die Verluste der Untergesellschaften, also wohl der Plantagen, darstellen. Um diese Abschreibungen zu decken, wurde die Erneuerungsreserve in Höhe von 2,33 Millionen RM. völlig aufgelöst, die gesetzliche Reserve halbiert auf 0,64 Millionen.

Wenn Deutschland heute Kolonien erwerben würde, so würden sie von deutschen Kapitalisten nicht genutzt werden können, einmal aus Kapitalmangel, und zum zweiten, weil, wie sich aus den oben angeführten Erfahrungen der deutschen Kolonial-Gesellschaften in Ostafrika ergibt, deutsche Plantagen in den Tropen keine Profite, sondern nur riesige Verluste abwerfen. H. J.

KV. „Vorwärts“ Dresden in der Krise

Ende November bereits haben wir es für unsere Pflicht erachtet, zu den Schwierigkeiten Stellung zu nehmen, in der sich der Dresdener Konsumverein „Vorwärts“ befindet. Unsere Dresdener Freunde haben von dieser Abhandlung 8000 Sonderdrucke bestellt und vor den Verteilungsstellen des „Vorwärts“ an dessen Mitglieder verbreitet. Die sachliche Stellungnahme der SAZ ist von allen Genossenschaftlern begrüßt und aufs Beste beurteilt worden.

Ein anderes Urteil hat sich — wie nicht anders zu erwarten war — die Konsumgenossenschaftsführung über unsere Stellungnahme gebildet. In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ Nr. 31 wird die ganze

Schale des Zorns über uns arme Sünder ausgegossen. Der SAP wird zum Vorwurf gemacht, daß sie sich in die „internen Angelegenheiten der deutschen Konsumgenossenschaften“ einzumischen suche und in einen „Wettlauf mit den Kommunisten“ eingetreten sei. Derartige törichte Unterstellungen können wir um so leichter ertragen, weil sie das Ohr der im Konsumverein „Vorwärts“ Dresden organisierten Verbraucher nicht finden. Zu unserer größten Genugtuung können wir feststellen, daß das Gros der Vorwärts-Mitglieder unsere sachliche Stellungnahme an den Mahnungen der Genossenschaftsführung billig und zu unterstützen bereit ist.

Der angeführte Artikel der SAZ war Anlaß,

daß sich in Dresden ein „Zentraler Oppositionsausschuß zur Stärkung der Genossenschaftsbewegung und zur Verteidigung der Mitgliederrechte“ gebildet hat. Dieser Ausschuss hat bereits die 1. Nummer einer Monatszeitschrift „Unsere Genossenschaft“ herausgebracht, die von den Vorwärtsmitgliedern gleichfalls aufs Beste aufgenommen worden ist. Im Auftrage des ZOA hat unser Genosse Melcher eine Erklärung in Massenaufgabe an die Vorwärts-Mitglieder zur Verteilung gebracht, in der vom Vorstand des Vorwärts u. a. verlangt wird, 5% Rückvergütung für das 44. Betriebsjahr und Neuwahlen der Vertreter nach vorangegangener Berichterstattung in Verteilungsstellenversammlungen. Der Umstand, daß diese Erklärungen — von geringen Ausnahmen abgesehen — auch von sozialdemokratischen Vorwärtsmitgliedern unterzeichnet worden, hat die „Dresdner Volkszeitung“ in Harnisch gebracht. Erstmals in ihrer Ausgabe vom 22. Dezember hat die DV unter der geschmackvollen Überschrift „Der kleine Genetrotz“ über die Bedeutungslosigkeit der SAP losgewettert. Weil die Redaktion dieses Blattes gegen die von der Genossenschaftsopposition sachlich vorgetragene Kritik nichts zu sagen vermag, verlegt sie sich einfach aufs Verleumden, so behauptet sie frank und frei, daß vom Vertrieb der „Genossenschaft“ der „Löwenanteil der SAP verbleibt“. Das Dresdner SPD-Blatt weiß, daß die SPD durch das Mittel der „Eisernen Front“ zum ständigen Kostgänger der überparteilichen Massenorganisationen der deutschen Arbeiterklasse geworden ist. Aus diesem Zustand schließt sie von sich einfach auch auf andere Organisationen. Die DV stellt diese gegen die SAP gerichtete Behauptung jedoch gegen besseres Wissen auf. In der 1. Nummer der „Genossenschaft“ ist ausdrücklich hervorgehoben worden, daß der aus dem Vertrieb verbleibende Uberschuss restlos dem Zentralen Oppositionsausschuß zur Bestreitung seiner Unkosten verbleibt.

Wie brenzlich die Lage der Genossenschaftsbürokratie durch ihre genossenschaftsfeindlichen Handlungen geworden ist, beweist der Umstand, daß die „Dresdner Volkszeitung“ bereits am 27. Dezember erneut in einer längeren Abhandlung gegen „das Grüppchen der Abtrünnigen“ Stellung zu nehmen gezwungen ist. Auch durch diese unsachlichen Ausführungen der „Dresdner Volkszeitung“ werden sich der „Zentrale Oppositionsausschuß zur Stärkung der Genossenschaft und zur Verteidigung der Mitgliederrechte“ und die SAZ nicht beirren lassen. So wie bisher werden wir in sachlicher Weise zu den Lebensfragen der deutschen Arbeitergenossenschaftsbewegung Stellung nehmen. Unsere bisherige Arbeit gibt uns die Gewißheit, daß wir auf diese Weise die überwältigende Mehrheit der organisierten Verbraucher, gleichgültig in welchem Lager sie parteipolitisch organisiert sind, für unsere auf Stärkung der Genossenschaftsbewegung hinzielende Arbeit gewinnen werden. Die Nr. 2 der Zeitschrift „Unsere Genossenschaft“ wird Anfang Januar erscheinen und sich in einer Denkschrift an die Vertreter des „Vorwärts“ wenden; dort wird die Bilanz des „Vorwärts“ durchleuchtet und werden Mittel und Wege aufgezeigt werden, wie die Genossenschaftsbewegung die Krise des Kapitalismus überdauern und zu einer mächtigen Waffe im Befreiungskampf des Proletariats umgestaltet werden kann.

Keine Tarifrückbildung im Ruhrbergbau

Essen, 2. Januar.

WTB. Die Lohnordnung für den Ruhrbergbau, die durch Schiedsspruch des Schlichters Professor Dr. Brahn vom 24. September 1932 zunächst auf vier Monate mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 in Kraft gesetzt wurde, ist zu dem ersten Kündigungsstermin — am 31. Dezember — weder vom Arbeitnehmer noch von Arbeitgeberseite gekündigt worden. Damit läuft der Tarif unverändert einen Monat weiter und kann erst wieder am 31. Januar zum 28. Februar gekündigt werden.

Mitbestimmend für die Nichtkündigung des Lohntarifs dürfte bei den Zechenbesitzern der im Augenblick verhältnismäßig gute Absatz im Ruhrgebiet gewesen sein, der das saisonübliche Ausmaß übersteigt und zu einer Verminderung der Feherschichten sowie zu zahlreichen Neueinstellungen führte. Der Rahmentarif ist erstmalig am 1. Februar zum 1. April 1933 kündbar.

Beamten Sperre in Frankreich

Paris, 2. Januar.

WTB. Der Präsident der Republik hat heute auf Vorschlag des Ministerpräsidenten und des Finanzministers eine Verordnung unterzeichnet, die bis zum 31. Dezember 1933 jede Neueinstellung von Beamten, Angestellten und Arbeitern durch den Staat untersagt. Ausnahmen können nur zugelassen werden, wenn die betreffenden Ernennungen vom Finanzminister und von dem zuständigen Ressortminister gegengezeichnet werden. Die Regierung will mit diesem Verbot der Neueinstellung von Beamten und Staatsangestellten den ersten Schritt zur Einführung neuer Arbeitsmethoden und einer Reform der Staatsverwaltung tun.

Fischerstreik in Ymuiden

Amsterdam, 2. Januar.

WTB. Im holländischen Fischereihafen Ymuiden ist heute ein Streik des Fischereipersonals ausgebrochen, an dem etwa 1500 Personen beteiligt sind. Der Streik ist auf einen Lohnkonflikt zurückzuführen.

Werbt Abonnenten